

Abonnement 50 Pf., monatlich 5,00 Pf.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,50 Pf.
entsprechend 50 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Postbefreiungsberechtigten. Ausland-
abonnements 6.— Pf. per Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal die Abendausgaben für Berlin
und an Hand mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilagen „Toll
und Zeit“ und „Kinderfreund“ ferner
„Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in
die Wälder“, „Augen-Verdammnis“
und „Stahlbelege“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonntabend
15. November 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre
„Die 10 Pfennig-Reflexionen“ des Reichs-
wart „Kleine Anzeigen“ das etwa-
weise Wort 25 Pfennig gültig zwei
seitige Broschüre, jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stielengeld des ersten
Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Jahre 60 Pfennig. Familienangelegenheiten
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentägig
von 9/4 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Abt. Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polischkoffonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65 Di. S. u. Dis.-Gef., Depositenkassa, Jerusalemstr. 65, 66.

Aufruf zur Preissenkung.

Eine Rundgebung des Kabinettsausschusses.

Künftig wird mitgeteilt: Die von dem Kabinettsauschuss für Arbeits- und Preisfragen am Donnerstag in Aussicht gestellte Verkaufsbearbeitung hat folgenden Wortlaut:

Wie die Reichsregierung in ihrem Wirtschafts- und Finanzprogramm betont hat, ist die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie eine Notwendigkeit. Durch Verbilligung von Erzeugung und Verbrauch muß die Wirtschaft neu belebt werden. Verbilligung des Verbrauchs, Senkung der Lebenshaltungskosten sind insbesondere auch geboten, um die Wirkungen abzuschwächen, die sich aus der Kürzung der Beamtenbezüge und aus Lohnsenkungen ergeben. Ihr Ziel ist ebenfalls, die Kosten zu ermäßigen, die auf der Erzeugung ruhen.

Niemand darf und wird sich auf die Dauer dieser zwangsläufigen Entwicklung entziehen können. Sache der Regierung ist es, sie mit allen Kräften zu fördern, damit die Schäden und Nachteile der Uebergangszeit zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, von Preisen und Kaufkraft abgeführt und das Wohlwollen der Arbeitlosen so rasch wie möglich der schaffenden Tätigkeit wieder zugeführt wird.

Die ungezählten und vielgestaltigen wirtschaftlichen Vorgänge des täglichen Lebens können nun aber nicht durch staatlichen Zwang in diesem Sinne einheitlich und plötzlich gestaltet werden. Zwang ist geboten, wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider bessere Erkenntnis Hindernisse beseitigt werden, die anders nicht zu beseitigen sind. In diesem Sinne fördernd diese Verbilligungsanstrengungen zu führen, ist die Aufgabe des Kabinettsausschusses für Arbeits- und Preisfragen.

Fast noch wichtiger aber als Zwang ist neben den Verhandlungen des Staates zu gütlicher Lösung der Fragen der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende.

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preissenkung stärksten Einfluß nehmen kann. Sie kann die Verkäufer und die Waren bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird als durch andere.

Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu duden, daß durch Zurückhaltung im Preisabbau Einzelne unbedeutende Vorteile haben, wenn andere in richtiger Erkenntnis der Lage Opfer bringen. Sie kann und muß auch hier der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Der Presse jeder Richtung und Größe, besonders auch den Zeitungen auf dem Lande, sind hier wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben erwachsen, die verdienstvoll gelöst werden können.

Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern, dessen Preise weit unter dem Stand anderer Waren hinabgeglitten sind. Wird dieser Bewegung Einhalt geboten, wird versucht, in angemessenen Grenzen die Preise der Agrarerzeugnisse und der anderen Waren einander anzunähern, dann braucht daraus für die Lebenshaltungskosten der breiten Massen keinerlei Nachteil zu entstehen.

Tenn die rückläufige Bewegung der Preise, die der letzte Verbraucher zu zahlen hat, muß dadurch auch weiter möglich sein, daß sich der Unterschied der Preisspannen in gerechter Weise auf die Zwischenglieder verteilt.

Die folgende knappe Zusammenstellung soll eine gewisse Uebersicht darüber geben, welche Fortschritte die Abwärtsbewegung der Preise in letzter Zeit auf einzelnen Wirtschaftsebenen, meist infolge der staatlichen Maßnahmen, gemacht hat.

Gewiß sind an sich die Lebenshaltungskosten für den Verbraucher unmittelbar von sunnfälligster Bedeutung. Trotzdem ist aber auch für ihn gleich wichtig, wenn

die Urstoffe der Wirtschaft

verbilligt werden. Daher steht die inzwischen erreichte Herabsetzung der Kohlenpreise um 6 Proz. im Vordergrund. Sie wird sich für den Verbraucher in allen Richtungen auswirken. Ferner sind die Holzpreise um 17 bis 20 Proz., die Preise für Holzwerkprodukte um 3 Proz. ermäßigt worden. Von den Baustoffen sind im Durchschnitt Zement um 10 Proz., Ziegel um 10 bis 15 Proz., Fensterglas um 22 Proz. und Platten um 35 bis 40 Proz. im Preise gesunken. Der Anstieg der gesamten Baustoffen ist seit Januar dieses Jahres um 11 Proz. zurückgegangen.

Wenn so die Preise in den Grundlagen der Wirtschaft weichen, dann muß davon der ganze Verkaufsaufbau beeinflusst werden, der darauf ruht. Ähnliches gilt von den Kosten der Nahrungsmittel,

die für den realen Wert des Lohnes von entscheidender Bedeutung sind. Von den Nahrungsmitteln ist der Brotpreis von 50 Pf. auf 46 Pf. für das Normalbrot herabgesetzt worden unter gleichzeitiger Erhöhung des Gewichtes von 1225 auf 1250 Gramm. Das bedeutet eine Ermäßigung um 10 Proz. Ferner soll in Zukunft das Brot einheitlich nach Gewicht verkauft werden. Damit wird einem lange gehegten Wunsche der Bevölkerung Rechnung getragen. Das Pfund Schweinefleisch ist um 5 Pf. billiger geworden. Der Preis für Kartoffeln hat sich auf 23 bis 30 Pf. für je 10 Pfund gesenkt gegenüber einem Preise von 40 bis 45 Pf. im Oktober d. J. Der Literpreis der Milch ist für Berlin um 1 Pf. auf 29 Pf. gesenkt worden; im Oktober 1929 betrug er noch 32 Pf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Einführung der Qualitätsbeziehung für Milch dem Handel Mehraufwendungen entstanden sind, auf deren Einrechnung in den Milchpreis er bei den Verhandlungen verzichtet hat. Bei Gemüse und Obst haben die Verkäufer eine Preissenkung grundsätzlich zugesagt. Die Einzelheiten werden noch im Benehmen mit der Marktordnungsstelle geregelt.

Zunächst gelten diese Vereinbarungen nur für Berlin.

Das Preussische Handelsministerium hat bei ihrem Zustandekommen mitgemittelt. Es wird dafür sorgen, daß auch die zuständigen Behörden im Lande in gleicher Weise eingreifen. Mit den Regierungen der anderen Länder wird die Reichsregierung selbstverständlich ebenfalls in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Bedeutend ist in diesem Rahmen, daß der Deutsche Städte- tag in Unterstützung der amtlichen Aktion inzwischen sämtliche Stadtverwaltungen zu tatkräftiger Mitarbeit an dieser wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgabe aufgerufen hat. Es ist nicht zu zweifeln, daß im Zusammenwirken aller Behörden die Bewegung eine starke Stütze findet, die auf die allgemeine Preissenkung gerichtet ist.

Als weitere Beispiele für die Abwärtsbewegung der Preise seien erwähnt die

Preisrückgänge der einzelnen Markenartikel

auf dem Nahrungsmittelgebiete, wie Kakostaffee, Honig, Kaffeebohnen um 5 bis 12,7 Proz. Auch einige andere Markenartikel sind dieser Bewegung bereits gefolgt, dies im Ausmaße von 5 bis 20 Proz.

Auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung beträgt die Preisermäßigung bei einer Anzahl von Waren 34 bis 10 Proz., bei Messing- und Kupferfabrikaten 25 bis 40 Proz., bei Aluminium 10 Proz. und bei den Erzeugnissen daraus 8 Proz. Gummireifen weisen eine Preisermäßigung von 10 Proz., Sinosolen im Durchschnitt von 5,3 Proz., einzelne Sorten von Jänbühzern von 8 bis 20 Proz., Papier von 8 bis 10 Proz. auf. Orthopädische Hilfsmittel haben einen Preisabfall von 8 Proz., orthopädisches Schuhwerk einen solchen von 10 Proz. erfahren.

In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Absätze von Preisen im Einzelhandel nur in Pfennigbeträgen auswirken. Wer sich der Inflationsfalle nach nicht entziehen kann auf 5- oder 10-Pfennig-Beträge abzurunden der wird genug Gelegenheit haben, den Erfolg der Preisermäßigungen zu verfeinern. Tatsächlich ist aber die Zeit dazu zu erst. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Daher muß der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Maßnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.

So wird der Kabinettsauschuss für Arbeits- und Preisfragen mit allem Nachdruck an die weitere Entlastung der Wirtschaft durch Preisermäßigungen herangehen.

Die Zusammenstellung über die Abwärtsbewegung der Preise fordert zu kritischen Feststellungen heraus.

1. Die bisherige Senkung der Nahrungsmittelpreise ist für den Haushalt der Arbeiterfamilie fast ohne Bedeutung. Nur ein lächerlich geringer Bruchteil der allenthalten tatsächlich eingetretenen Lohnsenkung ist dadurch ausgeglichen.

2. Die Senkung der Preise von Urstoffen der Wirtschaft und von Fertigwaren bedeutet eine Senkung der sogenannten Selbstkosten der Wirtschaft.

3. Obwohl diese Selbstkosten gesunken sind, wird unter dem Gesetze „Senke die Selbstkosten“ der Lohnabbau weiter getrieben!

4. Die tatsächliche Senkung der Selbstkosten steht in keinem Verhältnis zur Senkung des Realeinkommens der Arbeiterschaft.

5. Wenn das Verhältnis sich nicht radikal verkehrt, wird die Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung die Zeche der Preissenkungsaktion bezahlen.

Polnische Marschall-Wahlen.

Ein Vorpruch zum 16. November.

Von einem polnischen Sozialisten.

Einer der Vertrauten des Marschalls Pilsudski, der gemessene Ministerpräsident Switalski, hat in seinen Versammlungsreden angekündigt, daß es diesmal in Polen „rumänische Wahlen“ geben wird. Die Wirklichkeit hat diese Ankündigung weit in den Schatten gestellt. Pilsudski hat Bratianski überflügelt. Eine solche Wahlfälschung aus Prinzip, wie sie diesmal in Polen geübt worden ist, ist wohl überhaupt noch nicht in der Weltgeschichte dagewesen. Die berühmten Baden-Wahlen waren dagegen, so sagt man in Galizien, ein Kinderpiel. Und in dem vormals russischen Polen staunt man nachträglich, wieviel Liberalismus im Reiche des Zaren eigentlich doch immer noch vorhanden gewesen ist.

In einer öffentlichen Versammlung konnte der Minister des Innern Sladkowski erklären, er habe seine Beamten aufgefordert, dafür zu sorgen, daß überall unbedingt die Kandidaten Pilsudskis gewählt werden. Diese merkwürdige Wählerversammlung nahm die Ausführungen des Ministers, die in jedem Wort einen Hohn auf Recht und Gesetz bedeuteten, ohne Protest, ja sogar mit Beifall auf.

Man hat die Stimmungsmache für Pilsudski und seine unbestimmten Ziele damit begonnen, daß man 80 bisherige Abgeordnete in den Kerker warf und sie dort unter Bedingungen schmachten läßt, die an die Methoden der mittelalterlichen Inquisition erinnern. Man hat Stimmung gemacht, indem man diesen Abgeordneten 4000 Vertrauensmänner der oppositionellen Parteien, darunter 1000 Sozialisten, Versammlungsredner und Organisationsleiter, in den Kerker nachschickte.

Man hat Stimmung gemacht, indem man die oppositionellen Zeitungen täglich mehrmals konfiszierte und schließlich, da damit der erwünschte Erfolg nicht erzielt wurde, ihre Druckereien unter nichtigen Vorwänden schloß.

Säle der oppositionellen Organisationen wurden unter haupolizeilichen Vorwänden geschlossen, den Wirten, die geneigt schienen, ihre Lokale für höheren Orts nicht beliebte Wählerversammlungen herzugeben, wurde mit Entziehung der Konzession gedroht.

In einem Viertel aller Wahlbezirke wurden die oppositionellen Kandidatenlisten einfach für ungültig erklärt. Natürlich suchte man sich für diese Aktion gerade diejenigen Wahlbezirke aus, in denen die Opposition bei den letzten Wahlen die größte Stimmenzahl erhalten hatte.

Das Verhängnisvollste aber von allem ist das Verjagen der Justiz. Die Schöpfer der polnischen Verfassung haben in den Richterstand ein Vertrauen gesetzt, dessen er sich nicht würdig erwiesen hat. Die Richter versagen jetzt vollständig, wo sie über die Gewalttate der Verwaltung zu entscheiden haben. Sie versagen als Vorsitzende der Wahlkommissionen, indem sie Ungefährlichkeiten nicht nur duden, sondern sogar selber Instruktionen herausgeben, die dem Gesetz ins Gesicht schlagen. So hat der Vorsitzende der Reichswahlkommission Gizzki, einer der obersten Richter in Polen, erklärt, daß es mit der verfassungsmäßig garantierten geheimen Wahl vereinbar sei, wenn die Wähler freiwillig ihren Stimmzettel offen abgeben oder gar mündlich erklären, für wen sie stimmen. Da die Wahlkommissionen mit Verwaltungsbeamten besetzt sind und die Pilsudski-Partei ihre Wähler zur offenen Stimmabgabe aufgefordert hat, kann man sich ungefähr vorstellen, was denjenigen droht, die es noch wagen, von ihrem verfassungsmäßigen Recht auf geheime Stimmabgabe Gebrauch zu machen.

Die Verteidiger der Gefangenen von Brest-Litowsk haben gegen die Richter, die ihre durchschlagend nach dem Gesetz begründeten Berufungen zurückgewiesen hatten, Strafanzeige wegen Mißbrauch der Amtsgewalt erstattet. Ueber diese Anzeige hat nun ein Senat zu entscheiden, dessen Zusammensetzung streng geheimgehalten wird!

In einem seiner vielen übertriebenen Interviews hat der Marschall Pilsudski den Gerichten für ihr promptes Funktionieren seinen öffentlichen Dank ausgesprochen.

Im Sommer dieses Jahres trat ein Mitglied des Obersten Gerichtshofes, das im Begriff war, in Pension zu gehen, an einen sozialistischen Abgeordneten heran und bat ihn, eine Erklärung abgeben zu dürfen, die die Quintessenz seiner Erfahrungen als Mitglied des Obersten Gerichtshofes

darstelle. Diese Erklärung lautet kurz und bündig: „Es gibt keine Richter in Polen!“

Dieser Satz schien damals — es war noch vor der Auflösung des Sejms — selbst Besessenen übertrieben. Seitdem aber haben Herr Wyzcki und seine würdigen Kollegen den vollen Wahrheitsbeweis für ihn erbracht. Was alles geschieht, um den Buchstaben des Gesetzes parteipolitisch zu mißbrauchen, und Recht in Unrecht zu verwandeln, das bildet heute schon eine Wissenschaft für sich. Kann man sich vorstellen, daß Gesetze, die zur Pflege der Gesundheit erlassen sind, heute dazu mißbraucht werden, um mit unausdenklichen Schikanen gegen unbotmäßige Gemeinden vorzugehen? Daß Umsatzsteuern, Einkommensteuern willkürlich bemessen werden in der offenen Absicht, mißliebige gewordene Staatsbürger dadurch wirtschaftlich zugrunde zu richten?

Hat Pilsudski recht, wenn er die Polen ein Volk von Wintern nennt? Ich glaube nicht. Aber, daß er aus den Polen ein Volk von Charakterlosen macht, ist zu befürchten.

Auswärtige Journalisten bedrängen uns Sozialisten mit der Frage, was wir als Ergebnis dieser Terrorwahlen erwarten. Persönlich kann ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich die ungeheure Mehrheit des Volkes, die gegen Pilsudski ist, durchsetzen wird, trotz aller Gewalt, trotz aller Ungeheuerlichkeit, trotz ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, trotz der ganzen Hölle, die um sie entfesselt ist.

Aber leider muß zugegeben werden: gelänge das, so wäre es beinahe schon ein Wunder.

Papier statt Fleisch!

Hakenkreuzdemagogie in der Gefrierfleischfrage.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt mußte entgegen der gestrigen Absicht in der Freitagsitzung nicht sofort zur Abstimmung über die Anträge zur Verbilligung von Frischfleisch schreiben, da von der Deutschen Volkspartei und der sozialdemokratischen Fraktion noch zwei neue Anträge eingelaufen waren. Die Debatte mußte daher neu aufgenommen werden, und als erster Redner hat der Reichsfinanzminister Dietrich den Ausschuß dringend, nicht größere Geldmittel anzufordern, als in der Vorlage des Reichsernährungsministeriums vorgesehen sind.

Abg. Keil (Soz.) empfahl seinen neu eingebrachten Antrag zur Annahme.

Die Debatte nahm einen teilweise erregten Charakter an, als von den nationalsozialistischen Abgeordneten Feder und Reinhardt Deckungsvorschläge entwickelt wurden, durch die die Regierung instand gesetzt werden sollte, alle vom Ausschuß gewünschten Maßnahmen zugunsten der unbedeutenden Kreise zu bedenken. Diese Deckungsvorschläge bestehen in einem Monopol auf die Einfuhr von Bananen und Süßfrüchten und in der Besteuerung des Gewinnes auf Börsenspekulationen für die rückliegenden Jahre.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten Heinig, Keil und Frau Wurm und von dem Abgeordneten Schnod (S.) und Cremer (Dsp.) wurden diese Vorschläge als reine Agitationen abgelehnt, mit denen man vielleicht in einer Volksversammlung, aber nicht im Haushaltsausschuß Eindruck machen könne.

In der Abstimmung wurde schließlich nach Ablehnung verschiedener anderer Anträge mit 24 Stimmen bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen der folgende Antrag Torgfers angenommen:

„Die Reichsregierung aufzufordern, die Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung in der Weise vorzunehmen, daß der Preis des verbilligten Frischfleisches in keinem Falle höher sein darf als der bisherige Preis des gefrorenen Gefrierfleisches und der Preis der Bezüge von verbilligtem Frischfleisch alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigte umfassen muß.“

Der Ausschuß trat sodann in eine Besprechung der Hochwasser- und der notwendigen Abwehrmaßnahmen ein.

Die Abstimmung über die Anträge wird am Sonnabend nach erfolgter Drucklegung vorgenommen.

Sozialisten die stärkste Soldatenpartei.

In den Wiener Kasernen die Christlichsozialen überflügelt.

Wien, 14. November. (Eigenbericht.)

Aus den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Nationalratswahlen in den Wiener Garnisonen ergibt sich, daß die Christlichsozialen in den Kasernen eine Niederlage erlitten haben. Während bei den Vertrauensmännerwahlen der Soldaten, bei denen sich der Druck der Offiziere ganz unmittelbar auswirkt und das Wahlergebnis nur sehr unvollkommen gewahrt ist, sich der christlichsoziale Wehband bisher auch in Wien eine große Mehrheit sichern konnte, haben die Christlichsozialen bei den Nationalratswahlen kaum ein Drittel der Soldatenstimmen erhalten.

Von 6652 in den Kasernen wahlberechtigten Männern haben 5733 abgestimmt. Die Zahl der Wehrmänner ohne Offiziere beträgt 4844. Davon erhielten die Sozialdemokraten 2311 Stimmen, die Christlichsozialen 2240, der Schner-Bund 480, der Heimatsbund 168, die Nationalsozialisten 461 und die Kommunisten 18 Männerstimmen. Danach hat die Sozialdemokratie die anderen Parteien auch in den Kasernen überflügelt. Dieses Wahlergebnis ist für das System Bouquins niederschmetternd. Es zeigt, daß es Herrn Bouquin keineswegs gelungen ist, die Wehrmacht von „den Roten“ reiflos zu säubern.

Korruption. Dem deutschnationalen Stadtverordneten Ulrich in Kassel war von dem dortigen sozialdemokratischen „Volksblatt“ Korruption vorgeworfen worden. Ulrich lagte und wurde abgemessen. Er legte Berufung ein und erzielte ein Urteil, in dem es heißt, der Wahrheitsbeweis (für die Korruption) sei in vollem Umfang gelungen. Der Privatkläger, eben der deutschnationalen Herr Ulrich, habe sein Amt als Stadtverordneter mißbraucht. Die Art, wie er gehandelt habe, nenne man Korruption. Sein Verhalten sei verwerflich.

Odenburgs Ministerpräsident. Der Odenburger Landtag wählte am Freitag mit den Stimmen der Rechtsparteien den Regierungspräsidenten Casselmann zum Ministerpräsidenten.

Der langjährige erste Vizepräsident des Preussischen Landtages, Abgeordneter Dr. Pösch, der Jahrzehnte hindurch zugleich der erste Vorsitzende der preussischen Zentrumspartei war, ist gestern nachmittags schwer erkrankt und auf seinen Wunsch nach Breslau gebracht worden.

Die Breslauer „Volkswacht“ feiert heute mit einer Festnummer ihr 40jähriges Jubiläum als sozialdemokratisches Organ in der Hauptstadt Schlesiens.

Fried-Justiz in Eisenach.

Gefängnisurteil im Janson-Prozess.

Eisenach, 14. November. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß des Eisenacher Oberbürgermeisters Janson gegen die „Eisenacher Volkzeitung“ wurde der verantwortliche Redakteur des Blattes Schroot zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, daß der Vorwurf des Hochverrats ein sehr schwerer sei. Der Wahrheitsbeweis habe nicht erbracht werden können. Die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen Nachts sei durch entgegengesetzte Zeugenaussagen erschüttert worden.

Der Zeuge Nachts hatte im Verlauf des Prozesses seine Darstellung über die Unterredung mit Oberbürgermeister Janson in allen Punkten aufrechterhalten. Danach bemühte sich der Vertreter Jansons, die Glaubwürdigkeit Nachts zu erschüttern. Drei Zeugen sagten über Nachts Verhalten im Kriege sehr ungünstig aus. Die von der Verteidigung beantragte Vernehmung von Zeugen, die günstig ausfallen würden, lehnte das Gericht ab.

Der Staatsanwalt hielt in seinem Plädoyer die Darstellung des Berliner Gesprächs, die Nachts gibt, für unwahrscheinlich. Er halte manche Aussagen dessen Aufregtheit zugute. Für den Vorwurf des Hochverrats durch Janson sei kein Beweis erbracht. Bei der Schwere des Vorwurfs beantrage er vier Monate Gefängnis für den Angeklagten. Der Anwalt Jansons legte es besonders darauf an, die Glaubwürdigkeit Nachts zu erschüttern. Dagegen verwahrte sich der Verteidiger Schroots ganz entschieden. Er stellt im übrigen fest, daß beide Teile eine ziemlich gleiche Darstellung gaben, nur mit einem verschiedenen Tenor. Auf diesen Tenor aber komme es doch sehr an! Ein Mord an Nachts sei aber die einseitige Vernehmung ungünstiger Zeugen über die Kriegserlebnisse aus frühester Jugend.

Gegen das Urteil wird sofort Berufung eingelegt werden.

Das harte und durch nichts begründete Urteil des Eisenacher Gerichts kann nicht vermissen, daß der Gang der Beweisaufnahme einwandfrei gezeigt hat, daß Fried mit Hilfe des Oberbürgermeisters Janson die Einstellung eines Polizeibeamten verhindert hat, weil er im Verdacht stand, Republikaner zu sein.

Herr Janson hat den Gang dieser Unterredung in entscheidenden Punkten nicht bestritten.

Tatsache ist, daß Fried gegen Nachts vorgegangen ist, daß das Verbrechen von Nachts darin bestand, daß sein Bruder Sozialdemokrat und preussischer Polizeioffizier ist. Tatsache ist, daß Ministerialrat Gurget unter dem Druck von Fried sein günstiges Urteil über Nachts ändern mußte.

Der Löwenanteil der Junker.

Wie der Großgrundbesitz die Landwirtschaftshilfe ausbeutete.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Landtagsitzung, über deren Anfang wir bereits im gestrigen „Abend“ berichteten, begründete

Abg. Hartwig (Soz.)

die sozialdemokratische große Anfrage über die Umschuldungsaktionen in Pommern:

Das Vertrauen zur gerechten Verteilung der Umschuldungskredite ist auch in den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung Pommerns völlig geschwunden. Auch in Pommern bekommen dabei die Großgrundbesitzer viel, die Besitzer mittlerer und kleiner Betriebe fast nichts. Ein Fall mag für viele dienen. Der Landwirtschaft des Kreises Schlawe sind 412 000 M. an Umschuldungskrediten zugestiegen.

Davon nahmen 5 Großgrundbesitzer erst einmal 294 000 M. für sich in Anspruch, während der Rest von 118 000 M. sich wie folgt verteilte: 21 mittelbäuerliche Betriebe rund 95 600 M., 7 Kleinbäuerliche Betriebe rund 22 400 M.

Diese Praxis wirkt auf die Uneigennützigkeit der Großgrundbesitzer ein eigenartiges Schlaglicht. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß dieselben Zustände auch in anderen Kreisen vorherrschend sind. Der Großgrundbesitzer nützt auch heute noch wie früher seine Vormachtstellung aus, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Wir verlangen von der Regierung Auskunft in welcher Weise sie die gerechte Verteilung der Umschuldungsaktion endlich durchsetzen will. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf begründen die Vertreter fast aller Fraktionen große Anfragen und Anträge, die sämtlich Hilfsmittel zur Verringerung der Not der Landwirtschaft fordern.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

erklärt die deutsche und Belgiartrikule aus der verminderten Zahlungsfähigkeit des Fernen Ostens, den durchgeführten Nationalisierungsmassnahmen und der Produktionssteigerung im übrigen Europa und Amerika. Der Weltmarktpreis des Weizens betrage 120 M., der Inlandpreis 240 M. bei einem Zoll von 250 M. Alle Länder hätten Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt. Also nicht die Regierung, sondern Krieg und Kriegsfolgen tragen an dieser Not die Schuld, also auch an der Zunahme der landwirtschaftlichen Gesamtverschuldung in Höhe von 400 Millionen bis zum ersten Halbjahr 1930. Dabei liege in den kurzfristigen Krediten der Schwerpunkt. Dazu komme die Abjaktik, insbesondere in der Getreidemittelwirtschaft. Erforderlich sei insbesondere eine Umstellung von Roggen auf Weizen.

Ein Regierungsvizepräsident beantwortet die großen Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion. Danach sind bis zum 30. September 1930 für Östpreußen als zweifelhafte Hypotheken über 91 Millionen Mark bewilligt worden. Davon sind nach Größenklassen beteiligt: Betriebe bis 20 Hektar mit etwa 3,5 Millionen, bis 100 Hektar mit 23,2 Millionen, bis 200 Hektar mit 20,8 Millionen und über 200 Hektar mit 44,4 Millionen Mark. Bis August 1930 sind an Umschuldungshypotheken, für die Reich, Staat und Provinz in Anspruch genommen wurden, etwa 2,15 Millionen Mark ausgefallen. Welche Beträge als gefährdet anzusehen sind, läßt sich zahlenmäßig nicht angeben. Für Sicherung der Umschuldungshypotheken ist durch Beleg vom 18. Mai 1929 Vorlage getroffen.

Die Beantwortung der sozialdemokratischen Anfragen über die Verteilung der Umschuldungskredite im pommerschen Kreise Schlawe bestätigt die Angaben des Abg. Hartwig.

Ueber die Bewilligung hatte der provinzielle Kreditausschuß zu befinden. Nach Angabe des Oberpräsidenten hat der bäuerliche Besitz deshalb weniger erhalten, weil er in nördlichen Teilen des Kreises

Das Vorgehen der Kreise, die Fried angebliches Material über Nachts geliefert haben, ist eine Infamie. Sie haben den Vorwurf der Feigheit im Kriege erhoben. Das Gericht hat diese Gerüchte benützt, um Nachts als unglaubwürdig hinzustellen. Es hat drei Zeugen für diese Gerüchte vernommen — es hat Gegenzeugen nicht zugelassen. Es hat in einseitiger unobjektiver Weise die Ehre und die Glaubwürdigkeit des Zeugen Nachts angegriffen.

Ein Zeuge sollte unglaubwürdig gemacht werden, weil seine Aussagen sachlich nicht erschüttert werden konnten!

Diese Art der Prozeßführung charakterisiert sich als politisches Zwerchverfahren, sie ist des Regimes Fried würdig!

Fried terrorisiert Zeugen.

Sein Kampf gegen das Reichsinnenministerium.

Weimar, 14. November. (Eigenbericht.)

Der thüringische Innenminister Fried hat an die Polizeibeamten der thüringischen staatlichen Polizei und Gendarmerie einen Erlaß gerichtet, in dem alle „verfassungstreuen und ordnungsliebenden“ Beamten gewarnt werden, dem Reichsminister des Innern für seinen Kampf gegen die Weimarer Putschzentrale irgendwelche Unterlagen zu liefern. Zum Schluß des provozierenden Erlasses heißt es:

„Wir warnen die Beamten, Einflüsterungen, Versprechungen und Verlockungen nachzugeben, und weisen darauf hin, daß wir gegen jeden Angehörigen der staatlichen Polizei und Gendarmerie, der Dienstvergehen der genannten Art begeht, sofort mit schwersten Dienststrafen, wenn möglich durch sofortige Entlassung, einschreiten werden. Wir haben das Vertrauen zur Beamtenschaft der thüringischen Polizei, daß es nur dieses Hinweises zur Vermeidung weiterer Verrätereien und weiterer Verletzungen der Amtsoverschwiegenheit bedarf. Sollte einem Beamten etwas über ein geplantes oder vollendetes Dienstvergehen dieser Art oder über Versuche von nicht der Polizei angehörigen Organisationen und Persönlichkeiten in der genannten Richtung bekannt werden, so ist es seine dienstliche Pflicht, umgehend dem Ministerium auf dem Dienstwege Meldung zu erstatten.“

Die Hakenkreuz-Reichstagsfraktion wird dreif.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten hat eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung auf Grund der bisherigen thüringischen Regierungseinstellungen gefragt wird, ob sie das Vorgehen des Reichsinnenministers und seine Verschleppungstaktik billige. Weiter werden die Reichsminister der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und des Landbundes gefragt, was sie zu tun gedanken, um das Land Thüringen, in dessen Regierung als Minister und Staatsräte Angehörige ihrer Parteien sitzen, von einer derartigen unbegründeten und ungerechten schweren Schädigung zu befreien.

auf gutem Boden sitzt und zu dem wohlhabendsten Teile des bäuerlichen Bestandes in der Provinz Pommern gehört. Bei der Offiziele werde die Staatsregierung für eine gerechte Verteilung eintreten.

Abg. Peters-Hochdorn (Soz.):

Nach der eingehenden Begründung unserer Anfragen liegt für meine Fraktion in der Aussprache kein Bedürfnis vor, noch einmal das Wort zu nehmen, wenn uns nicht die Begründung der deutschnationalen Anfragen und Anträge dazu zwingen würde. So haben die Deutschnationalen z. B. behauptet, daß weder die Staats- noch die Reichsregierung für die notleidende Landwirtschaft gesorgt hat. Außerhalb des Hauses würde ich diese Behauptung eine Unverschämtheit genannt haben. Ich stelle fest, daß namentlich die preussische Staatsregierung alles menschenmögliche getan hat, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen.

Ich stelle weiter fest, daß sich kein anderer Stand rühmen kann, ähnlich unterflüßt oder subventioniert zu sein, wie die Landwirtschaft.

Der notleidende Mittelstand wäre froh, wenn er nur einen kleinen Teil davon bekommen hätte und vor allen Dingen ist etwas Positives zur Verringerung der unbefriedigenden Not der arbeitenden Klassen überhaupt noch nicht getan worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die von den Deutschnationalen geforderte bedingungslose Stundung von Steuern ohne Nachweis der Notlage ist zwar blanke Unfug, aber kennzeichnend für die schamlosen Agitationsmethoden. Ich erinnere an alle bis heute noch nicht zurückgezählten Saat-, Dünger- und Unwetterkatastrophen. Im Gegensatz zum heutigen Staat hat z. B. das alte Dreiklassenparlament unter Führung der Konterpartien im Jahre 1888 anlässlich der furchtbaren Unwetterkatastrophe für die davon betroffene Landwirtschaft nicht das geringste getan. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ich erinnere weiter daran, daß die Landwirtschaft keinen Pfennig Hauszinssteuer aufgebracht, gleichwohl über 20 Millionen daraus bekommen hat.

Im ganzen bringt die preussische Landwirtschaft an Grundrentnern 80 Millionen auf, die aber mit 73 Millionen beinahe wieder vom Staate ausgegeben werden für Aufwendungen im Interesse der Landwirtschaft.

Es gehört schon der traurige Mut unserer Reichsparteien dazu, angesichts dieser nicht zu widerlegenden Tatsachen die Behauptung aufzustellen, daß nichts für die Landwirtschaft von Seiten des Staates getan worden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die schon vom Minister gekennzeichnete Abjaktik der Landwirtschaft kann nur durch Hebung der Kaufkraft überwunden werden. Henry Ford rückt in seinem letzten Buch ebenfalls die Hebung der Kaufkraft zur Überwindung der Wirtschaftskrise in den Vordergrund. Diese Theorie hat er in die Praxis umgesetzt. Es war ein Schlag ins Gesicht der Berliner Metallindustriellen, die Lohnabbau zur Überwindung der Krise forderten, als er am Tage des Streikausbruchs in seinem Betrieb erhebliche Lohnzulagen gewährte mit dem Hinweis, daß sich dadurch die Kaufkraft erhöht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ebenso unfugig ist die deutschnationalen Forderung, das landwirtschaftliche Einfuhrkontingent der landwirtschaftlichen Ausfuhr anzugleichen. Da Deutschland jetzt einen erheblichen Anfahrüberchuß zu verzeichnen hat, würde das in letzter Konsequenz eine Ueberbewertung des deutschen Marktes mit ausländischen Produkten bedeuten. Man will natürlich etwas anderes: die Kündigung der Handelsverträge und Sperrung der Einfuhr! (Sehr richtig! bei den

Deutschnationalen.) Die Herren können keinem vernünftigen Menschen zumuten, einem solchen Antrag zuzustimmen, denn seine Annahme würde eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten.

Während der Zwangswirtschaft sah die Rechte nach wirtschaftlicher Freiheit. Heute will sie die Zwangswirtschaft in anderer Form, denn sie will dem Konsumenten vorschreiben, welche Waren gekauft werden sollen.

Sie hält die deutschen Frauen für so dumm, daß sie ihnen zumuten, für qualitativ nicht so gute deutsche Ware mehr zu zahlen als für gute Auslandsware. Die deutsche Landwirtschaft hat einseitigen Maßnahmen für ihren Export nach Deutschland so lange keine Angst, als die deutsche Landwirtschaft auf so niedrigem Produktionsstand steht.

Es geht bei der deutschen Landwirtschaft alles veräuert, um durch Schaffung von Absatzmöglichkeiten die unentbehrlichen Preissteigerungen zu beseitigen, also ihrerseits durch Hebung der Kaufkraft zur Beseitigung der Krise beizutragen. Im Gegenteil dazu geht man in Ostpreußen jetzt dazu über, die Kaufkraft durch Herabdrücken der an sich schon elenden Löhne noch weiter zu senken. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Statt Abhängigkeitskrisen zu schaffen, sehen die Deutschnationalen aber die Rettung der Landwirtschaft nur in Hochschulzöllen.

Dabei besteht längst Klarheit darüber, daß diese lediglich dem Großgrundbesitz, aber nicht den Millionen von Mittel- und Kleinbauern dienen. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie will der notleidenden Landwirtschaft helfen, aber sie will Gerechtigkeit und nicht eine Politik, die die Landwirtschaft ins Verderben bringt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Rohr (Dnat.) erklärt, daß das marxistisch-liberale System sich nicht nach den Interessen der Nation richte. Man will das Interesse der städtischen Bevölkerung ablenken. Die Landwirtschaft sei im Ernosen, sie sehe hinter ihrem fargen Lohn die dunklen marxistischen Gestalten, die Deutschland in den Abgrund geführt haben. Die Linke wolle die Gegensätze zwischen Klein- und Großbesitz verschärfen.

Abg. Mallach (Z.) kritisiert die hohen Bankzinsfüße der landwirtschaftlichen Hypotheken. Im Osten sei die Landwirtschaft am Ende ihrer Kraft. Hilfe müsse rechtzeitig kommen. Er fordert Bemühungszwang von Roggen zum Weizen und hohe Zölle auf Futtermittel.

Abg. Kerff (Komm.) wendet sich gegen die Angriffe der Agrarpresse gegen die Sozialunion. Zu helfen sei nur durch entschlossene Entzweiung des Großgrundbesitzes.

Abg. Dr. Schäfer (D. Vp.) verwahrt sich gegen die Behauptung des Abg. von Rohr, der Liberalismus mit Marxismus in Zusammenhang gebracht hat. Er fordert Ausbau des Rotprogramms.

Abg. Fischer (Chr. Nat.) gibt der verkehrten Handelspolitik der letzten fünf Jahre die Schuld an der landwirtschaftlichen Not. Nur an der nationalen Seite könne die Landwirtschaft Rettung finden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger weist die Angriffe des Abg. von Rohr zurück und zitiert Auslassungen rechtsgerichteter landwirtschaftlicher Sachverständiger dafür, daß Reich und Staat nicht nur Hilfe versprochen, sondern das Versprechen auch eingelöst haben.

Abg. Wachhorst de Wente (Staatsp.) polemisiert ebenfalls gegen den Abg. von Rohr. Beim Aufbau des neuen Staates habe man die richtigen Bahnen begreifen und rechts verpöbeln gesucht. Die Staatspolitik lehne die konservative Agrarpolitik ab.

Abg. Schmidt-Breslau (Wp.) macht für die hohen Einzelhandelspreise das Steuerwesen verantwortlich. Die Lage der Schlächtermeister, die am Hummersteig nageln, sei mitleidberregend.

In der zweiten Rednerreihe polemisiert Abg. a. Rohr (Dnat.) gegen die Ausführungen des Redners der Landpartei.

Das deutsche Volk lehne sich nach den Gedankenängen Mussollais.

Der ihm gegenüber erklärt hat, daß er für die italienische Landwirtschaft nichts, dagegen aber für die Kraft und die Größe der italienischen Nation alles tue. Nur dadurch sei auch der Landwirtschaft zu helfen.

In der weiteren Debatte kommen noch einmal die Redner der einzelnen Fraktionen zu Wort. In späterer Abendstunde überweist das Haus alle vorliegenden Anträge zum Teil dem Haupt- und zum Teil dem Landwirtschaftsausschuß.

Hierauf verlegt sich der Landtag auf den 15. Dezember. Dann sollen die Beratungen beginnen.

Die Materialschlacht in Genf.

Die deutschen Anträge haben mehr Stimmen als je erhalten.

Genf, 14. November. (Eigenbericht.)

Eine englische Entschließung zur Materialbegrenzung zählt alle drei Arten der Begrenzungsmöglichkeit auf: die durch Beschränkung des Budgets, die durch direkte Herabsetzung und endlich die Kombination aller Methoden. Graf Bernstorff verlangte, daß die Kommission zu einer Abstimmung komme über die direkte Begrenzung, weil sie die weitestgehende sei und mehr bedeute als die Begrenzung durch das Budget, um endlich festzustellen, welche Begrenzungen für die eine oder andere dieser Arten der Begrenzung sei. Bernstorff erklärte unter großer Bewegung der Konferenz, daß es an den anderen Mächten sei, abzurufen und nicht an Deutschland. Technisch könne die Frage keine Schwierigkeiten bereiten, da die direkte Begrenzung für Deutschland ausgiebig angewandt worden sei. Die öffentliche Meinung würde nicht befriedigt werden, wenn man nicht direkt das Kriegsmaterial begrenze.

Im späteren Verlauf der Beratung wurden von Ruffigli eine scharfe Erklärung gegen Bernstorffs Ausführungen abgegeben. Mehrere Delegierte erklärten sich nach Ruffigli für eine Kombination der Methoden, unter denen die Entwaffnung vorgezogen werden soll. Graf Bernstorff verlangte, daß unbedingt über das Prinzip der direkten Begrenzung und seine Zulassung abgestimmt werden soll.

Ein Genfer halbamtlicher Bericht zeigt das Ergebnis der bisherigen Beratungen, wie folgt zusammen:

„Der Vorbereitende Abklärungsausschuß hat in zwei wichtigen Punkten, dem der ausgebildeten Reserve und dem des Heeresmaterials, seine früheren Beschlüsse im wesentlichen aufrechterhalten. Allgemein aufgefallen ist, daß der deutsche Antrag eine verhältnismäßig beträchtliche Anzahl von Bestimmungen gefunden hat. Es ist das erste Mal, daß im Vorbereitenden Abklärungsausschuß ein deutscher Antrag Stimmengleichheit erreichte. Das Bild wird noch etwas glänzender, wenn man berücksichtigt, daß unter den Regierungen, die sich der Stimme enthalten haben, sich solche befinden, die in der Debatte ihre grundsätzliche Zustimmung zum deutschen Standpunkt zu erkennen gaben.“

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die „Junge Garde“, Zentralorgan des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, ist auf Grund der §§ 13 und 9 in Verbindung mit den §§ 5 und 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von zwei Monaten verboten worden, weil sie eine an dem früheren Berliner Polizeipräsidenten Jörgelbeil bezogene Gewalttat ausdrücklich verherrlicht und gebilligt hat, und weil sie in einem anderen Artikel der gleichen Nummer die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reiches beschimpfte.

Frick säubert die Schupo.



„Was haben Sie denn da in der Tasche? Die Weimarer Verfassung? Aha, wieder ein Umstürzler erwischt!“

Finanzskandal vor der Kammer.

Schwere Angriffe auf Justiz- und Finanzminister. — Regierung Lardieu dennoch gerettet.

Paris, 14. November. (Eigenbericht.)

Die französische Kammer hat am Freitag nachmittag mit der Diskussion über die Börsenkrise und den Duftric-Standard begonnen.

Der sozialistische Abgeordnete Monnet begann mit einem scharfen Angriff gegen den Justizminister Raoul Péret, der dem Spekulationsbankier Duftric als Rechtsberater diene. Die Zusammenarbeit habe schon 1926 begonnen. Damals, als Péret sein Amt als Finanzminister an Caillaux abgetreten habe, habe er noch schnell die Aktien der zum Duftric-Konzern gehörenden Kunstseidefabrik Sino-Biscosa zur offiziellen Börse notiert zugelassen.

Sofort erhebt sich der beschuldigte Minister Raoul Péret zornig und erklärt, die Börsenzulassung sei regulär erfolgt. Die Klage gegen Duftric wegen Betruges, Unterschlagung und Wechselkreuzer werden einen normalen Verlauf nehmen. Monnet läßt sich aber durch die Entschuldigungen des Justizministers nicht beirren. Er schließt seine Rede mit der Forderung, daß die Regierung Lardieu, diese Regierung der „Skandal- und Geschäftspolitik“, sofort ver-schwinde.

Der Radikale Monnet stellte fest, daß der Krach Duftric die französischen Sparer mindestens 1 1/2 Milliarden Franks gekostet habe. Die kleine Gefälligkeit Pérets sei bei weitem nicht alles gewesen, was Duftric an Unterstellungen von offizieller Seite zuleist geworden sei. Zweimal habe ihn die Bank von Frankreich vor dem sicheren Untergang gerettet, indem sie ihn einmal 157 Millionen, das andere Mal 160 Millionen gegen Wechsel geliehen habe. In beiden Fällen habe Duftric neun Monate Frist erhalten, während sonst die Bank von Frankreich Kredite über drei Monate hinaus nicht zu geben pflege. Wie erkläre sich diese Begünstigung? Am 18. Oktober habe das künstlich in die Höhe getriebene Kursgebäude hauffig zu wanken begonnen. Was hätten da der Finanzminister Reynaud und der Justizminister Péret getan? Sie hätten am 19. Oktober jenen jammervollen Polizeifeldzug gegen die Baisse-Spekulation an der Pariser Börse eröffnet. Das sei der Triumph Duftrics gewesen, denn seine Gegner an der Börse seien als Betrüger und Schädiger der nationalen Finanzen gebrandmarkt worden.

Finanzminister Reynaud sucht sich zu entschuldigen. Was die Zulassung der Duftric-Aktien zur Börse angehe, so habe der Finanzminister darauf keinen Einfluß. Die Kredite der Bank von Frankreich für Duftric habe er ebenfalls nicht verhindern können.

Uebrigens sei Duftric ein Opfer der Weltwirtschaftskrise geworden sei. Ueber seinen Polizeifeldzug an der Pariser Börse schweigt sich der Minister vollkommen aus.

Mit dem radikalen Parteiführer Daladier beginnt eine neue Offensive gegen die Regierung. Man habe gemunkelt, erklärt Daladier, daß auch mehrere Parlamentarier der Regierungsparteien kompromittiert seien. Heraus mit den Namen, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können! So habe man den Namen des radikalen Senators Besnard genannt. Besnard aber habe sich als Botschafter in Rom wiederholt der Einführung der Sino-Biscosa-Aktien am Pariser Markt widersetzt und seiner Meinung hätten sich die Finanzminister Caillaux, Doumergue und Painlevé angeschlossen. Péret aber habe plötzlich das Entgegengesetzte getan. Nun sei Péret der Rechtsbeistand Duftrics, berichtet man, um heute in seiner Eigenschaft als Justizminister über die Klagen gegen Duftric wegen Betrug, Wechsel-fälschung zu entscheiden.

Der Ministerpräsident Lardieu sucht seinen Justizminister mit der Erklärung zu decken, daß er nur seinen Beruf als Rechtsanwalt ausgeübt habe, genau wie die übrigen Rechtsanwälte der Kammer und des Senats. Wenn man ihn für den Duftric-Standard verantwortlich mache, sei das doch eine Boreingenommenheit. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriant bedauert, daß Lardieu, statt der Kammer sachliche Aufklärung zu geben, nur davon denke, die Existenz seines Kabinetts zu retten.

Georg Kaiser: „Mississippi.“

Erstaufführung in der Volksbühne.

In Georg Kaisers neuestem Bühnenwerk versucht eine Farmer-familie mit verzweifeltem Sabotageakt die fündige Großstadt den Fluten des angeschwollenen Mississippi preiszugeben. Religiöser Fanatismus gegen kapitalistische Staatsauffassung. Eine interessante Aufführung in ausgezeichneter Darstellung. Die Zuschauer folgen den fahlen Gedankenkonstruktionen des Dichters angetrieben, aber ohne innere Anteilnahme. Dgt.

Trotz der schwerwiegenden Enthüllungen über die Kompromittierung des Justizministers und des Finanzministers durch den Duftric-Krachs sprach die Kammer schließlich der Regierung mit 318 gegen 271 Stimmen das Vertrauen aus.

Lardieu und Briand.

Unüberbrückbare Gegensätze.

Paris, 14. November. (Eigenbericht.)

Soll paradoxer Widersprüche, wie sie begonnen hatte, ist die große außenpolitische Debatte in der Kammer am Freitag früh gegen vier Uhr zu Ende gegangen. Die 523 Abgeordneten, die der Regierung das Vertrauen aussprachen, sind in der Mehrzahl die gleichen, die bisher die Politik und die Person des Außenministers Briand verunglimpft und verleumdet haben. Die Opposition aber legt sich zusammen aus den Parteien, die seit Jahren die Träger der Versöhnungspolitik gewesen sind. Wenn sie diesmal gegen die Regierung gestimmt haben, so geschah dies aus dem einfachen Grund, daß nach den Reden Briands und Lardiens niemand sagen kann, welches nun eigentlich die amtliche französische Außenpolitik ist.

Briand hatte betont, daß der Erfolg der Hitler-Deute und die Entgleisungen deutscher Bahredner ihm keinen Anlaß zur Beunruhigung und noch weniger zu einer Veränderung seiner Versöhnungspolitik gäben.

Lardieu hat das glatte Gegenteil erklärt.

Wo Briand die Versöhnung, die Organisation des Friedens in der ganzen Welt will, verlangt Lardieu Sicherheit und immer neue Garantien für die Bereinigung der französischen Hegemonie. Wenn Briand erklärte, der Artikel 19 des Völkervertrages gebe den interessierten Mächten ein unbestreitbares Recht, zu verlangen, betonte Lardieu scharf, jeder Versuch zur Revision bedeute Krieg. Wenn Briand zugab, daß die Präambel zu Teil fünf des Friedensvertrages eine bindende Verpflichtung für die Mächten enthalte, behauptete Lardieu, Frankreichs Abrüstung sei freiwillig erfolgt, denn die Mächten seien zu nichts verpflichtet.

Zwischen Lardieu und Briand kauft also trotz aller lauten Sozialistensicherungen ein Abgrund.

Der nicht zu überbrücken ist.

Es wird die Aufgabe der französischen Linksparteien sein, die Außenpolitik Frankreichs von den üblen Nachwirkungen jener Burgfriedensparole Poincarés zu befreien, die in den rechtsistischen Parteien allmählich die schlimmsten Verwirrungen angerichtet hat.

Burgfrieden in USA.

Um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Washington, 14. November. (Eigenbericht.)

Die Bemühungen des Präsidenten Hoover um den Abschluß eines parlamentarischen Burgfriedens für die kommende Dezembersession sind geglückt. Hoover gab nach mehrtägigen Verhandlungen mit den Parteiführern des Bundes senats eine Erklärung ab, wonach beide Parteien gemeinsam zur beschleunigten Ber-beratung der Finanzvorläge für das kommende Haushaltsjahr bereit sind. Die Erklärung erwähnt nichts von der allseits geforderten Arbeitslosengesetzgebung und läßt die sozialen Fragen gänzlich offen, was Schwierigkeiten im demokratischen und unabhängigen republikanischen Senatstreifen auslösen mag.

Todesstrafe gegen Unpünktlichkeit.

Die Sowjetbahnen unter Kriegsrecht.

Sowno, 14. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare im Zusammenhang mit den heillosen Zuständen auf den russischen Eisenbahnen die Einführung des militärischen Regimes auf sämtlichen Bahnen angeordnet. Jedes Vergehen wird jetzt von einem Kriegsgericht abgeurteilt und der Bahnstrecke besonderten Truppen der OGPU übergeben werden, die auch die Todesurteile vollstrecken werden. Mit diesen Maßnahmen will Moskau das normale Verhältnis auf den russischen Eisenbahnen wiederherstellen und die Disziplinlosigkeit im Transportwesen beseitigen.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., 13. 11
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 A-V 7h
 18 1/2 Uhr
 Ring des Polkungen
 1. Teil
Die Walküre
 (Wagner'sche Oper)
 Ende g. 22 1/2 Uhr

Sonnab., 13. 11
Südt. Oper
 Bismarckstr.
 Farnus IV
 19 1/2 Uhr
Tosca
 Ende 11. 21 1/2 Uhr

Sonnab., 13. 11
Staats-Oper
 An Platz der Republik
 9t. R.-S.
 30 Uhr
Der Barbier von Sevilla
 Geführt. Karlsruher
 Ende 22 1/2 Uhr

Sonnab., 13. 11
Staatl. Schauspiel
 am Lindenpark
 66. A-V
 20 Uhr
Liebe auf dem Lande
 33 Minuten in Grünberg
 Ende 12 1/2 Uhr

Sonnab., 13. 11
Staatl. Schiller-Theater, Charlitz
 20 Uhr
 Geburtstag von Gerh. Hauptmann
Florian Geyer
 Ende gegen 12 1/2 Uhr

SCALA

Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr. 35 Barb. 0250
 Tägl. 1-8 M. - Nachm. halbe Preise.

Rastell „Der Meister aller Jongleure“
Matray-Ballett, Car. o. Medin. Truppe usw.

PLAZA

Tägl. 8 u. 8 1/2
 Sonn. 2, 3 u. 8
 Alex. E. 4, 2066

1. Vorstellung 80 Pf. bis 1 M.
 II. und III. Vorst. 1 bis 2 M.
 Heute letzter Tag!

AFRA, UESSEMS, KOHLBRANT usw.
 Morgen Premiere!

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lotharstr. 57

Nur im Monat November
 die entzückende Komödie
Arm wie eine Kirchenmaus
 Outeheim 1-4 Pers. Faust 1,25 M.
 Sessel 1,75 M. - Sonstige Preise:
 Parkett 75, Rang 60 Pf.

Rose-Theater
 Große Frankfurter Str. 132
 Billettkassa: Alex. 2422 u. 2494
 Letzte Woche!

In der **Johannnacht**
 Sonnabend 7 und 10 1/2 Uhr

Sonntag 2,30, 5,45 und 9 Uhr
 Sonnabend 4 1/2 Uhr

Peterchens Mondfahrt
 (Preise von 30 Pf. bis 1,50 M.)
 Montag, 17. Nov., 8 1/2 Uhr: Premiere
Drei Fingert-Abend

Theater I. d. Behrenstr. 53-54
 Direktion: Ralph Arthur Roberts

Letzte 4 Aufführungen!
Das hässliche Mädchen

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr kleine P. etc.
Arm wie eine Kirchenmaus
 Bußtag: „Die Siebzehnjährigen“.

Reichshallen-Theater
 Anfang 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
 (zu halben Preisen)

„**Penia vor Gericht!**“
 u. neueste Schlagerd., „Streitener“
 Dazu zum 100 Male:
 „**Loh Blumen sprechen!**“
 Das große neue Solo-Programm!

Dänhoff-Brett!
 10 große Nummern
 Tanz, Konzert - Kapelle Hans Sitzer

Großes Schauspielhaus
Im weissen Rössl
 Regie: Erik Charell
 Brief STEFAN GROSSMANN
 an Erik Charell.

Lieber Herr Charell!
 Das „weisse Rössl“ ist Ihre
 souveränste, berauschendste In-
 szenierung. Ich weiss nicht, wo
 in Europa oder Amerika jemand
 Ihnen ein so bis ins Detail ge-
 lungenes Meisterwerk nach-
 machen könnte.

Mit Dank für den lange nach-
 leuchtenden Abend
 Ihr
Stefan Grossmann

Winter Garten

8,15 Uhr - Stunden eriecht!
24 Tillorettes, Carr's u. Betty
Das Tonphänomen Linder usw.
 Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
 1 und 3 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

Vollst. Bühne
 Theater am Blüowplatz.
 8 Uhr
Mississippi
 von Georg Kaiser

Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
Florian Geyer

Deutsches Theater
 8 Uhr
Elisabeth von England
 von Ferd. Bruckner
 Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
 8 1/2 Uhr
Die zärtlichen Verwandten
 von Roderich Benedix
 Regie: Gustaf Gründgens.

Die Komödie
 8 1/2 Uhr
Der Schwierige
 von Hugo von Hofmannsthal.
 Regie: Max Reinhardt.

Theat. d. Westens
 8 1/2 Uhr
 Emil Jannings
Geschäft ist Geschäft

Lessing-Theat.
 8 Uhr
 Ein
**Sommernachts-
 traum**
 Regie: Max Reinhardt

Neues Theater
 am Zoo
 Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
 Täglich 8 1/2 Uhr

Geld, wie Heu
 musikal. Lustspiel mit
 Paul Heidemann u.
 Irene Ambros
 Sonnabends 4 Uhr
 Sonntags 3
 Nachtgespräch fährt
 ins Wäldchen.

**Der Mann, der
 schweigt**
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonnt. auch 3 1/2 Uhr

**Eine Freundin
 so goldig wie Du**
 Operette v. Meisel.
 Vor. 10. Okt. statt 4. M. nur
 gültig von 15. bis 19. Nov.
 Sonntags 3 Uhr
Rotkäppchen
 Sultag, 19. Novemb.
 8 1/2 Uhr
**Tagebuch einer
 Verlorenen**
 (Nur für Erwachs.)
 5 Uhr
Schneewittchen

**Rennen zu
 Strausberg**

Sonnab., 15. November
 nachmittags 1 Uhr

**GROSSES SCHAUSPIEL-
 TAGL. 8 UHR HAUS**

Im weissen Rössl

Singspiel in vielen Bildern
 Cam. Spira, Hansen, Lieske, Wallburg,
 Arno, Jankuhn, Paul Köhlig, Lena,
 Schaeffers, Winkelstern, Kollis, Danni,
 Stark, Göttertonhauer.

Original Tiroler Watschentänzer,
 Original Tiroler Jodlerinnen-Quintett,
 Musik-Trio aus Schliersee,
 Jazz-Band Girls u. Boys - Grosse Chöre.

Der Zeit entsprechend sind, trotz des
 riesigen Andrangs, 25% erm.
 die Kassapreise um 25% mässigt.

Sonntag 3 Uhr Originalbesetzung
 Nachmittags 3 1/2 Uhr
 Regie: Erik Charell

Piscator-Bühne
 (Wallner-Theater)
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Krach um Leutnant
 Blumenthal**
 Ab Mittwoch, 6. 11. November
 bis Donnerstag
 11. 11. 1930
 Uraufführung
 des Neuproduktionen in
 6 Bildern
Jeden Tag - 4 -
 von Ernst Ottwald.
 Preise: 1-4 R. - 1. Rez. 4,50

Barnowsky - Bühnen
 Theater in
 der Stromenstr.
 Täglich 8 1/2 Uhr
**Sturm im
 Wasserglas**
 Komödie von Frank.

Komödienhaus
 8 1/2 Täglich 8 1/2
Konto X
 von Bernauer und
 Gasterreider

Rose - Theater
 Gr. Frankfurter Str. 132
 Tel. Alex. 2422 u. 2494
 4.15 Uhr:

**Peterchens
 Mondfahrt**
 7 Uhr und 10.15 Uhr
 In der
Johannnacht

Berliner Theater
 Dönh. 625, 626.
 8 1/2 Uhr

**Sekilon
 Rahnstellen**
 Ein Gegenwartsstück von
 Carl Corff

Kleines Theat.
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Der große Lustspielerfolg!
 Max Adelbert
 Fritz Kemper
 Dagny Serveus
 in

**Der Mann, der
 schweigt**

Zentral-Theat.
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonnt. auch 3 1/2 Uhr

**Eine Freundin
 so goldig wie Du**
 Operette v. Meisel.
 Vor. 10. Okt. statt 4. M. nur
 gültig von 15. bis 19. Nov.
 Sonntags 3 Uhr
Rotkäppchen
 Sultag, 19. Novemb.
 8 1/2 Uhr
**Tagebuch einer
 Verlorenen**
 (Nur für Erwachs.)
 5 Uhr
Schneewittchen

Bei uns Schlager-Angebote

Reisselener Crèpe de Chine-
Jumper gute Qualität,
 mit Schelle, nett verarb. **9,75**

Unterkleid
 mit angerichtem Futter
1,95

Damen-Schlüpfer
 Kapuzende, mit angericht. Futter
1,65

Damen-Strümpfe
 Bemberg-Gold, Kunstseide,
 Paar **1,45**

Lack-Spangenschuhe
 u. Pumps, mit Wildleder komb.
 Paar **7,25**

27⁵⁰

49⁷⁵

Moderne Chenille-
kappe ein- oder zweifarbig **2,85**

Mantel aus gutem Drapè, ganz
 gestiebt, mit echtem
 Persianskragen, moderne
 Wickelform (wie Abbildg.) **49,75**

Tanzkleid moderne lang-
 fließende Form,
 mit breitem Spitzensaatz,
 in schön. Farben (wie Abb.) **27,50**

Sonderang bot. 55 am 22. nicht-
 Annehm. gr. Be-
 portiere ... etc.

Schallplatten **1,65**

HERMANN TIETZ

**Theater am
 Schillbaurdamm**
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Die
Dreigroschenoper
 v. M. Reicht und Weil.
 Preise: 1- bis 12 - M

Lustspielhaus
 Täglich 8 1/2 Uhr
Kurt Götz
 in
Hokuspokus

Metropo.-Theater
 Täglich 8 1/2
 sowie Sonntag 4 1/2 u. 8
 Sensationeller
 Operienerfolg
Viktoria
 und ihr Husar

Komische Oper
 8 1/2 Uhr
**Das Mädel
 am See**
 Operette v. Gilbert

Unsere Qualität

FETTGEHALT

Meierei-Zentrale

MILCHLIEFERUNGSGES.

Die Qualität unserer Milch, die durch über 4000 Geschäfte,
 die in blauer Schrift unsere Firmenzeichen tragen, zum
 Verkauf gebracht wird, können wir erheblich steigern!
 Wir liefern jetzt ein Milch mit über 3,2 Proz. Fettgehalt
Also Preisabbau durch Qualitätssteigerung

Polgeteilte
 Fettmenge **2,7%**

BISHER 3%

JETZT 3,2%

Belanntmachung.
 Der vom Ausschuss beschlossene Schungs-
 nachtrag ist durch das Oberverwaltungs-
 gericht genehmigt und im Druck erschienen.
 Satzungs- und Nachtragsentwürfe werden
 an Arbeitsgeber und Arbeitnehmer in den
 Rathenow-Ortsgruppen herausgegeben.
 Berlin-Rathenow: den 13. November 1930
 Glacisstrasse 4.

**Allgemeine Ortskrankenkasse
 Berlin-Pentow.**
 D. G. H. G. Rathenow.

L. pol. S. 1176 29 - 17.

Straffache
 gegen den lautmächtigen Angeheeren
 Franz Sittler in Berlin - Steglitz. Sittler
 habe i. wegen öffentlicher Beleidigung
 Das Schöffengericht Berlin - Mitte,
 Wilsd. 201, in Berlin, hat am 19. August
 1930 für Recht erkannt:
 Der Angeklagte wird wegen öffentlicher
 Beleidigung zu 600 - Mark Geldstrafe
 verurteilt, an deren Stelle im Fall
 betrübungslos für je 50 - Mark
 Geldstrafe zu - ein - Tag Gefängnis
 tritt, falls Pflichtig verurteilt.
 Den Beleidigten wird die Befugnis zu-
 gesprochen, den verurteilten Teil des
 Urteils durch einmalige Veröffentlichung im
 „Arbeit“ binnen eines Monats nach
 Rechtskraft des Urteils auf Kosten des
 Angeklagten bekanntzugeben. Die Ver-
 öffentlichung ist im Falle der Verurteilung
 am 1. September 1930, am 8. September
 1930 und demjenigen Teil des
 Urteils und Formeln, an welchem sich
 die Strafe befindet, sind unbrauchbar
 zu machen.
 Das Urteil ist vollstreckbar.
 Der Generalstaatsanwalt
 bei dem Landgericht 1 Berlin.

Adolf Czuderna
 im Alter von 68 Jahren.
 Im Namen der Erben
Gesd. wiser Czuderna
 Die Einlieferung findet am Sonn-
 abend, dem 15. November, nachmittags
 11 Uhr im Anatomium Gedächtnis-
 Straße 37/38 statt.

Statt Karten
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme beim Beerdigung meines
 lieben Frau, unserer guten Mutter
Ernestine Wagner
 danken wir allen Freunden und Be-
 kannten sowie allen Redigern und
 dem Redner vom Friedhof-Verband
 unseren herzlichsten Dank.
 Wilhelm Wagner
 nebst Kinder

**Allgemeine Ortskrankenkasse
 Berlin-Lichterfelde.**
 Am Freitag, dem 28. November 1930,
 abends 7 1/2 Uhr, findet im Saal der
 Berlin - Lichterfelde, Roonstraße 11, eine
 Treppe, eine
ordentliche Auefussung
 statt mit folgen er
 Tagesordnung:
 1. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung
 der Jahresrechnung 1930. 2. Prüfung
 der Jahresrechnung für 1931. 3. Ergänzung
 der Ausschüsse. 4. Bericht des
 Berlin-Lichterfelde, den 13. Nov. 1930.
 Der Vorstand:
 Razi Brandenburger
 Berlin-Lf.

Betten, Bettfedern
 alle Arten Baumwollwaren
 billig und dauerhaft bei
Ed. Hoffmeister
 50 36, Wener Straße 20
 seit 40 Jahren am Görlitzer Bahnhof

Nationalistische Studentenwehr?

Sozialistische Studenten schützen Kommunisten.

Der gestrige Tag ist im allgemeinen in der Universität ruhig verlaufen. Nachdem am Donnerstag die Nationalsozialisten Ekzulte, die nicht Studenten waren, in Massen in die Universität geholt hatten, die dann von sozialdemokratischen Studenten festgesetzt und aus der Universität entfernt wurden, machten die Nazis am Freitag Jagd auf alle, die nicht den Eindruck von Studenten machten. Verstärkt wurde die Recherche noch durch das Gerücht, daß Kriminalpolizei im Hause sei. Der Rektor Professor Dehmann verhandelte den ganzen Tag mit den Führern der einzelnen Studentengruppen über die

Bildung einer Studentenwehr zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Entgegen den Meldungen der Abendpresse ist die Gründung der Wehr noch nicht vollzogen worden, da von rechtspolitischer Seite gegen die paritätische Befehung Bedenken erhoben wurden.

Die Absicht der Nationalsozialisten war zweifellos, die republikanische Studentenschaft derart zu terrorisieren, daß sie auf längere Zeit auf eigene Propaganda an der Universität Verzicht leisten sollte. Zu diesem Zwecke hatten die Nationalsozialisten ihre Mitglieder schon am Montagabend zusammengerufen und die Parole der getarnten Aktion ausgegeben. Als dann am Dienstag der Aufruf des Deutschen Studentenverbandes erschien, versuchte man, die Verteilung zu verhindern. Als Vorwand diente das Erscheinen der Polizei, die auf diese Herren angeblich provozierend wirkte. Am nächsten Tag verteilte die sozialistische Studentenschaft das Flugblatt gegen den Fall der Nationalsozialisten. Auch hier konnten alle Terrorisierungsversuche der Nationalsozialisten abgewehrt werden. Die Wut der Nationalsozialisten ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß

die sozialistische Studentenschaft seit Anfang November schon fünf große Kundgebungen durchgeführt

hat, in denen u. a. die Genossen Otto Braun, Crispian, Radbruch, Heinig, Ostrowsky und Kuttner sprachen.

Sehr eigenartig bei den ganzen Zwischenfällen war das Verhalten der Kommunisten. Es bestehen an der Universität nicht weniger als drei verschiedene kommunistische Studentengruppen, die sich gegenseitig aufs heftigste bekämpfen. Am ersten Tag war weit und breit niemand von den Kommunisten zu sehen. Am zweiten Tag, an dem es zu den stärksten Zusammenstößen kam, waren auf der Universität

ganze vier Kommunisten, die von unseren Genossen vor den Nationalsozialisten geschützt wurden.

Western nun verteilten die Kommunisten ein unerschämtes Flugblatt, in dem sie behaupteten, daß lediglich sie den Kampf gegen den Hochschulschulismus führen. Die sozialdemokratischen Studenten wurden aufgefordert, sich daher der SPD. anzuschließen. Den Nationalsozialisten empfahl man sich als die einzige Kampfpartei gegen die SPD. Beweis: der Schneider Heitrich, der die Tätschleien gegen Jörgel begehren hat. Verantwortlich für den ganzen Blödsinn zeichnete — Obuch, M. d. L. Die Verteilung des Flugblattes besorgten bezeichnenderweise nicht die Studenten selbst, sondern kommunistische Arbeitslose. Die sozialistische Studentenschaft wird sich in diesem Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror von den Nachschafften einiger kommunistischer Intellektueller in keiner Weise beirren lassen; sie ist bereit, an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Universität mitzumachen, wird aber dem nationalsozialistischen Terror unter keinen Umständen weichen.

Naziterror in der Universität.

Von einem Augenzeugen erhalten wir folgenden Stimmungsbericht:

Nach den Zwischenfällen in den letzten Tagen ist in der Universität wieder alles ruhig. Ein Trupp Nationalsozialisten möchte allerdings die Standatzen tagtäglich fortziehen. Mit großen Hakenkreuzen geschmückt patrouillieren diese Studenten durch die Gänge, um alle Personen anzupöbeln, die ihnen aus irgendeinem Grunde nicht gefallen. Es kann gewiß nichts dagegen gesagt werden, daß die Räume der Universität in den unruhigen Zeiten nicht von jedermann betreten werden sollen. Der Rektor der Universität Professor Dehmann hätte aber dann zum mindesten die Pflicht, den Eingang zur Universität mit beamteten Personen zu besetzen, die das Recht haben, die Vorzeigung der Studentenkarte zu verlangen. Das Verfahren, jeden in die Universität hineinzulassen, ihn dann aber in den Gängen tätlich zu bedrohen und zwangszustellen, sieht nach einer Falle aus. Die jetzigen Zustände, daß

ein nationalsozialistischer Studententrupp sich offenbar unter voller Duldung der Universitätsleitung Polizeigewalt anmaßt.

sind unhaltbar. Vielleicht machen die preussischen Behörden der Universitätsleitung einmal klar, daß die heute eingerissenen Zustände für das Ansehen der größten preussischen Universität unbedingt schädlich sind. Vielleicht auch läßt sich die Universitätsleitung einmal Bericht erstatten, was für Personen von den nationalsozialistischen studentischen Randys besonders bedroht werden. Dann würde bald festgestellt werden, daß die jüdischen Studenten hinausgeschickt werden sollen.

Vater beauftragt habe. Eise Frenzel bestritt das aber energisch. Weiter behauptete Frau Vogel, daß auch ihre Tochter Margot durch Frenzel völlig verdorben worden sei. Es existiert jedoch ein polizeiliches Protokoll, aus dem hervorgeht, daß diese Margot vor vier Jahren zwei Potsdamer Bürger beschuldigt hat, unglückliche Handlungen an ihr vorgenommen zu haben. Die Polizei befahte sich mit dem Fall und stellte die Haltlosigkeit der Behauptungen des offenbar pathologischen Mädchens fest.

Do X auf dem Meer.

200 Kilometer von dem Ziel Bordeaux entfernt.

E. P. Paris, 14. November.

Einer Meldung der Agentur Radio aus Rochesfort zufolge hat die dortige drahtlose Station einen Funkpruch ausgefangen, wonach das Flugschiff Do X auf der Höhe der sogenannten Sables d'Olonne in der Bucht nördlich der Insel Ré auf Wasser niedergehen mußte. Das Flugschiff bewegt sich auf dem Wasser in südlicher Richtung. Sables d'Olonne ist auf dem Luftwege 90 Kilometer von Rochesfort und 200 Kilometer von Bordeaux entfernt.

Ueber die Gründe der Zwischenwasserung weiß man im Augenblick noch nichts. Man nimmt an, daß die eindringende Dunkelheit den Führer veranlaßt hat, von einem Weiterflug nach Bordeaux Abstand zu nehmen, um das Flugschiff bei der Wassertung in fremden Gewässern im Dunkeln nicht zu gefährden.

In La Rochelle eingelaufen.

Paris, 14. November.

Sabas berichtet aus Bordeaux: Die Küstenfunkstation Port-Bouscat hat um 21.40 Uhr folgende Meldung gegeben: Das deutsche Flugschiff Do X ist um 21 Uhr bei La Rochelle angekommen und wird die Nacht über bei seinem Ankerplatz verbleiben und morgen vormittag seinen Flug fortsetzen.

London, 14. November.

Der Start des Do X von Calshot ging nicht glatt vonstatten. Die Startmanöver dauerten ungefähr eine Stunde. Do X hat zehn Passagiere an Bord, darunter Prof. Dornier und seine Gattin. Um 2 Uhr nachmittags war sein Standort bei Cap Quessant an der äußersten Nordwestküste von Frankreich. Zu diesem Zeitpunkt also hatte die Do X den Kanal verlassen und den Atlantischen Ozean erreicht. Es war das erstmal in der Geschichte der Luftfahrt, daß ein Flugzeug mit Passagieren an Bord auf einem Langstreckenflug auf den Atlantischen Ozean hinausflog. Der Kurs ging dann weiter an der französischen Küste entlang in die Biscaya hinein.

Leichenfund im Grunewald.

Selbstmord oder Verbrechen?

In den ersten Nachmittagsstunden des Freitag fand ein Verleger in der Nähe des Großen Sterns im Grunewald selbsterhängten vom Reimweg, der nach Schildhorn führt, die Leiche eines jungen Mannes. Der tote lag auf dem Rücken. Der Reiter benachrichtigte die Kriminalpolizei, die Beamte entsandte. Das Alter des Toten wird nach der ersten Besichtigung auf 25 Jahre geschätzt. Er trug gute Kleidung, einen dunkelblauen Anzug, dunklen Wintermantel und schwarze Schnürstiefel. In den Händen lag ein Monogramm, die Buchstaben F Z eingestiftet. An der Stirn hat er eine leichte Verletzung wie einen Kratzer, auf den Lippen stand leichter Schmutz. Beraubt ist der Tote anscheinend nicht, denn er hatte seine silberne Taschenuhr mit Kette noch bei sich. Die Möglichkeit, daß der Unbekannte seinem Leben durch Berglöcher ein Ende gemacht hat, ist nicht ausgeschlossen. Auf die Meldung von dem Leichenfund fuhr Kriminalkommissar Kalkow mit Beamten nach dem Grunewald hinaus. Bei der näheren Be-

Immer noch Zeugen im Frenzel-Prozess

Frau Schent und Frau Vogel sagen aus

In der Freitagssitzung des Potsdamer Frenzel-Prozesses wiederholte Frau Pfarrer Schent, die zuerst vernommen wurde, ihre Aussagen aus der ersten Verhandlung, Hilde und Gertrud Frenzel hätten beide gleich stark ihren Vater im Sinne der Anklage belastet. Hilde Frenzel gibt diese Belastung zu, erklärte sie aber aus dem Motiv ihrer damaligen Absicht, Frau Pfarrer Schent mitleidig zu stimmen und zu einer Mäßigung zu bewegen, durch die sie das Elternhaus mit einem neuen Heim verwechseln könnte. Tatsächlich war Hilde Frenzel die Verwirklichung dieser Absicht gelungen. Zu einem heftigen Zusammenstoß kam es dann noch zwischen dem Angeklagten Frenzel und Frau Pfarrer Schent, als diese auf Befragen des Vorsitzenden zugab, daß sie über die Affäre Frenzel auch in der „Frauenhilfe“ gesprochen

habe. Der Angeklagte geriet in Erregung und rief der Zeugin zu, es wäre besser, wenn sie in der „Frauenhilfe“ auch etwas über ihre eigene Vergangenheit erzählt hätte.

In der Nachmittagssitzung warf die Verteidigung dem Pfleger Gertrud Frenzels, Dr. Stappenbeck, vor, daß er sich mit seiner Aussage offensichtlich sehr zurückhalte; der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig, nahm den Zeugen in Schutz. Dr. Stappenbeck schilderte weiter den Verlauf eines Zusammenstreffens zwischen Gertrud Frenzel und ihrer Mutter, und schließlich kam die Rede auf eine Reihe von anonymen Briefen, die die Familie Frenzel vor längerer Zeit erhalten hatte. Diese offenbar den Angeklagten denunzierenden Briefe stammten nach der vorsichtigen Aussage von Frau Pfarrer Schent vermutlich von — einem anderen Pfarrer namens Bier.

Hienlich erregte Formen nahm dann die Gegenüberstellung der Zeuginnen Frau Vogel und Eise Frenzel an. Frau Vogel sagte, daß Eise Frenzel als kleines Mädchen ihr gegenüber ihren

Brille zurecht und schickte sich an, die Fülle des Handelsteils in sich aufzunehmen. Denn dort, irgendwie zwischen minder wichtigen Notizen verstreut, standen die Notierungen von Häuten und Sohlleder. Und das war für ihn wichtiger als alle Bräute der Welt, die Ludwigs nicht ausgeschlossen.

Ludwig stand auf, warf sich in seinen Sonntagsstaat und fuhr noch am späten Abend hinaus zu Maria.

Am andern Abend, kurz nach sechs Uhr, führte Ludwig Maria in den väterlichen Laden.

In der Werkstatt war noch Hochbetrieb.

Eisermann sah flüchtig auf, als die Vadenür ging, dann aber beugte er sich wieder auf seine Arbeit und vertiefte sich so darin, als ob niemand gekommen sei.

Ludwig bot Maria einen Stuhl an und winkerte ihr mit den Augen zu, still zu sein. Beide guckten nun dem Meister und den Gesellen zu, die fleißig die Schusterhämmer klappern ließen.

Das Mädchen wurde allmählich nervös. Ludwig sah endlich ein, daß er den Vater anrufen müsse.

„Vater, einen Augenblick, bitte!“ rief er laut über den Tisch, der den Vaden von der eigentlichen Werkstatt trennte.

Der Schuhmachermeister zuckte zusammen und hob den Kopf.

„Ach so, ich hab ja die jungen Leute ganz vergessen. Entschuldigen Sie man, Fräuleinchen. Ich komme gleich. Gehen Sie mal inzwischen mit Ludwig hinter zu Mutter!“

Ludwig führte Maria in die Wohnung. Dort begrüßte er seine Stiefmutter und machte sie mit Maria bekannt. Die beiden kamen bald miteinander in ein angeregtes Gespräch.

Es dauerte aber noch eine volle Stunde, ehe Vater Eisermann erschien, sich umständlich wusch, die grüne Schürze an den Nagel hing und dann Maria die Hand schüttelte und sie in seinem Hause willkommen hieß.

Er musterte sie scharf. Sie gefiel ihm. Auch die einfachen Antworten, die sie ihm gab, befriedigten ihn. Nun ging er daran, kräftig auf den Busch zu klopfen. Unvermittelt fragte er: „Sie wollen doch recht bald unsern Ludwig heiraten, nicht wahr, Fräulein?“

Maria schüttelte stumm den Kopf.

„Kam, warum denn nicht? Eine Wohnung ist doch schnell gemietet. Warten Sie mal, ganz hier in der Nähe... wo habe ich gleich eine kleine Wohnung in der Nähe gesehen, wo war das nur? ...“

Er dachte nach.

„Ach so, gleich um die Ecke, die zweite Querstraße, Fräulein. Billige Miete, sag ich Ihnen. Ein Kunde von mir wohnt dort im Haus. Zugreifen, der Hauswirt läßt sogar die Stube tapezieren!“

Aber Maria ging nicht darauf ein.

„Wir haben gar keine Eile mit dem Heiraten, Herr Eisermann“, sagte sie ernst. „Ludwig muß doch erst etwas werden!“

Erstaunt zog der Schuhmachermeister die Augenbrauen hoch, so daß sogar die Brille mitging und fragend glitzerte.

„Ludwig muß erst etwas werden? Was werden? Wie meinen Sie das, Fräulein?“

Er soll Meister werden und sich eine solide Existenz schaffen, ehe wir heiraten.“

Fast erschrocken sah Eisermann das schöne Mädchen an: „Ludwig Meister werden? Hat er das gesagt, Fräuleinchen, hat er das gesagt?“

„Nein, aber es ist mein Wunsch!“

Wieder war das seltsame Lächeln da. Doch bei Vater Eisermann verfiel es nicht so rasch. Er war von dem Gehörten noch so überrascht, daß er nur stotternd antworten konnte: „So... Sie... wünschen... es. Aber Fräuleinchen... ich vermute... das ist... das ist... ein frommer Wunsch und wirds auch wohl bleiben. Ludwig und Meister, weiß Knöpfchen, das würde was Schönes werden. Stellen Sie sich doch vor, er ist ja viel zu jung und unerfahren. Als ich Meister wurde, war ich dreißig Jahre alt. Da sieht man die Welt schon mit ganz anderen Augen an als mit Ludwigs dreißigjährigen. Heiraten kann man bald, Fräuleinchen, aber Meister werden, glauben Sie mir, ist eine schwierigere Sache!“

Er schnaufte und wischte sich den Schweiß mit dem rotgetupften Taschentuch von der Stirn.

„Lebrigens, was ich noch sagen wollte, kühne Gedanken haben Sie, Fräuleinchen, recht kühne Gedanken. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor: Meister werden? Dazu gehört Geld und Geld und nochmals Geld!“

Sie zog unwillkürlich ihr Schönheitsflecken näher zum Mund hin: „Geld? ... wenn man Geld hat, dann braucht man nicht Meister zu werden, dann gibt es bessere Möglichkeiten.“

Wieder war das Lächeln da.

„Ludwig soll erst etwas vor sich bringen. Wie er es macht, ist seine Sache.“

(Fortsetzung folgt.)

W. Seemann O. Wöhle
Unternehmer...

Er lachte jetzt laut und dröhnend und schlug sich auf den Schenkel, als ob es sich um einen guten Witz handele.

„Na, denn man zu, Junge! Lustig geheiratet! Aber von mir ist nichts zu erben, das weißt du ja wohl!“

„Das will auch gar niemand!“

„Was denn sonst?“

„Meine Braut möchte morgen gern zu dir kommen, Vater!“

„Sieh mal an, ist das ein feines Vuder, Junge! Robel, muß ich sagen. Dein Bruder Paul hat mir keine Frau vor der Ehe auch nicht vorgestellt. Sie wollte nicht, sagte er.“

„Paul! Was geht mich denn Paul an? Ich bin doch nicht Paul, Vater!“ sagte er wegwerfend, „schließlich habe ich doch auch etwas zu bestimmen!“

„Das mit dem Bestimmen ist eine feine Sache, Ludwig, nämlich vor der Ehe. Aber wenn die Weiber den Mann mal ordentlich am Bändel haben, na, dann bestimmen denn sie meistens.“

„Aber Vater!“

Der Schuhmacher winkte ab.

„Diese Erfahrung wirst du noch selber machen, Junge. Weißt du, wenn man gar zwei Frauen gehabt hat, wie ich, dann wird man ganz kusch mit der Zeit.“

„Na, warum hast du überhaupt geheiratet, Vater, wenn du so von den Frauen denkst?“

„Siehst du, Ludwig, das ist so 'ne Sache. Die kann ich dir heute unmöglich in voller Ausführlichkeit erzählen. Na, das erstmal war es sicher aus Liebe, so jetzt bei dir, Na, und das zweitemal, als deine Mutter gestorben war, da hab ich geheiratet, damit für euch Kropfzeug wieder eine Mutter da ist. Na, Schwamm drüber! Also laß mal deine Braut kommen. Ich bin sehr neugierig auf sie. Hoffentlich ist sie ein gutes Mädchen!“

Damit war für Vater Eisermann die Unterredung erledigt.

Er hob die Zeitung vom Werkstättisch auf, rühte die

sichtigung ergab sich, daß man das Alter des Toten zunächst zu jung geschätzt hatte. Er muß etwa 30 Jahre alt gewesen sein, vielleicht sogar älter. Darauf deutet, daß sein blondes Haar schon etwas gelichtet ist. Außer dem leichten Kratzer an der Stirn sind ähnliche Hautabschürfungen im Gesicht festgestellt, aber keine Schußwunden. Auch dafür, daß der Mann etwa gewürgt worden wäre, hat man keine Anhaltspunkte gefunden. Der Arzt konnte deshalb die Todesursache nicht einwandfrei erkennen, darüber wird wohl erst die Section Klarheit bringen. Mitteilungen werden an Kriminalkommissar Rastow, Dienststelle B 1, im Polizeipräsidium, erbeten

Arbeiter gegen Arbeiter.

Ein trauriges Bild vom Kriegschauplatz der Radikalen.

Schlamm endete für den 25jährigen Arbeiter B., Mitglied der proletarischen Wehrgewaltigen, eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

B. war wegen Beamteneindringung und unbefugten Waffenbesitzes angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte aber im Verlaufe der Verhandlung Weitergabe der Sache an das Landgericht wegen versuchten Totschlags. Auf Grund von Zeugnisaussagen hatte sich herausgestellt, daß B. scharf geschossen haben mußte. Er wurde im Gerichtssaal verhaftet. Am Sonntag wollte er Hochzeit feiern.

Auf dem Fischerkiez, der südöstlichen Ecke der von der Spree gebildeten Insel, herrschte seit jeher Kleinkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Man beschimpfte sich gegenseitig, bedrohte und überfiel einander. Am 19. Juni d. J. fand in den Residenzpalais eine kommunistische Jugendkundgebung statt. B. und drei seiner Genossen unterstellten sich über die Nationalsozialisten am Fischerkiez und beschloßen, sich einen ihrer besonders schlimmen Feinde, den Arbeiter B., vorzunehmen. Man verabredete sich für den nächsten Tag. Morgens 5 Uhr brachen B. und seine drei Genossen auf. B. und ein anderer Kommunist nahmen Ecke der Wallstraße Stellung, die beiden anderen Ecke Grünstraße und Friedrichsgracht. Im selben Augenblick, als B. seine Wohnung verließ, um sich zur Arbeit zu begeben, ertönte ein Pfeifensignal. B. schoß zweimal seine Pistole ab. B. warf sich zu Boden, die Augen floßen über seinen Kopf hinweg und schlugen in das gegenüberliegende Haus ein. Jetzt galt es für die Schießhelden, schleunigst das Kampfgebiet zu verlassen. Sie liefen, was sie konnten von Passanten verfolgt, wobei B. abermals schoß. Er wurde schließlich gefaßt, und man fand bei ihm eine Parabellum-Pistole mit vier scharfen Patronen, auf der Straße einen Trommelrevolver mit Schrotladung. B. behauptete, nur mit der Schrotladung geschossen zu haben. Die Parabellumpistole wollte er auf der Straße aufgehoben haben; einer seiner Genossen hätte sie fallen gelassen. Das Gegenteil war ihm nicht nachzuweisen. Daher lautete die Anklage zunächst nur auf Beamteneindringung. In der Gerichtsverhandlung bestritt der Angeklagte, die Waffe gehabt zu haben, dem Nationalsozialisten B. etwas zuleide zu tun. Er und seine Genossen — die übrigens nicht zu ermitteln waren — hätten den B. nur einschüchtern wollen. Das Gericht war anderer Ansicht. Die nächste Verhandlung findet vor dem Landgericht statt.

Vormund als Betrüger.

Die veruntreuten Mündelgelder. — Klage gegen die Stadt.

Im Sommer vorigen Jahres verstarb plötzlich der Klempnermeister Friedrich Iselt und hinterließ keine 19jährige Tochter ein Vermögen von 10 000 Mark. Das junge, unerfahrene Mädchen wandte sich auf Veranlassen ihres Verlobten, eines Schuprowachtmeisters, an das Amtsgericht Schöneberg mit der Bitte um Bestellung eines Vermögensbeistandes. Auf Vorschlag der Jugend- und Wohlfahrtskommission der Stadt Berlin bestellte das Amtsgericht den heimgefahrenen Frey Wöllert. Kaum war dieser als Beistand vereidigt und in den Besitz der Erbschaft gelangt, verpfändete er die ganze Summe in wenigen Nächten bis auf den letzten Pfennig.

Das betrogene junge Mädchen konnte ohne Mühe feststellen, daß Wöllert ein schon zweimal mit Gefängnis, darunter wegen Unterschlagung, verurteilter, stark verschuldeter Mensch ist. Wöllert ist in der Heilanstalt Buch beschäftigt und bei Vorgesetzten und Kollegen als Spieler und Welter allgemein bekannt. Es ist unerklärlich, wie dieser Mann als geeigneter Beistand vorgeschlagen werden konnte. Die Betrogene hat durch ihren Anwalt gegen den preussischen Justizfiskus eine Klage wegen Schadenersatzes eingereicht. Der Präsident des Landgerichts II hat namens des Justizfiskus den Anspruch mit der Begründung abgelehnt, daß die alleinige Schuld das Jugendamt Berlin träge. Daraufhin hat der Anwalt die Stadt Berlin verklagt. In diesem Prozeß fand heute Verhandlungstermin vor der 2. Zivilkammer des Landgerichts I statt. Der Vertreter der Stadt Berlin erklärte, daß die alleinige Schuld an dem bedauerlichen Vorfalle gerade umgekehrt dem Schöneberger Vormundschaftsrichter treffe.

Das Gericht gab den Parteien auf, nachzuweisen, ob die Personen beim Jugendamt, die unzweifelhaft Vernachlässigungen begangen haben, Beamte, oder nur ehrenamtlich tätig sind. Nach Ablauf einer Frist von drei Wochen wird die Zivilkammer ohne weitere mündliche Verhandlung in diesem Rechtsstreit entscheiden.

Kommunisten im Lustgarten.

Die Kommunisten hatten wieder einmal für nötig gehalten, ihre Anhänger zum Lustgarten zu bestellen, um wegen irgendeiner Parole dort zu demonstrieren, d. h. zu schreien und zu toben. Die kommunistischen Anhänger scheinen aber selbst nichts mehr von den dauernden Demonstrationen ihrer Partei zu halten, denn an den Tagen beteiligten sich meist nur die jüngeren Amis-Mitglieder. Mit Tamtam und viel Protestschrei gegen die Schupo, die nicht den Kommunisten zuliebe allen Verkehr abriegeln wollte, wurde eine kurze Kundgebung durchgeführt, dann rückten die Jüge wieder ab. Der Zug vom Prenzlauer Berg marschierte zum Bülowplatz. Dort kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Ein Demonstrant gab einen Schuß ab, der glücklicherweise niemand traf. Der Schütze konnte leider nicht verhaftet werden. Die Polizei mußte im ganzen fünfzehn Demonstrationszüge auflösen. Dabei wurden 10 Personen Polizei übergeben werden.

Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld wird sich einer an ihn ergangenen Einladung medizinischer Gesellschaften folgend, am 15. d. M. mit dem „Columbus“ vom Norddeutschen Land nach Amerika begeben, um dort vor Ältesten Vorträge und Kurse über sein Forschungsgebiet zu halten.

Weiterentwicklung für Berlin: Später wieder Bevölkerungszunahme mit neuer Neigung zu Regenfällen; weiterhin mild. — Für Deutschland: Im Süden meist heißer, tagsüber mild, im Norden nach vorübergehender Wetterbesserung wieder von Westen her einsetzende Bewölkungszunahme mit Niederlagsneigung, mild.

Neubaumieten dürfen nicht erhöht werden.

Falsche Alarmmeldungen von einer 11prozentigen Erhöhung.

In einem Teil der Berliner Presse sind Alarmnachrichten erschienen, die von einer drohenden 11prozentigen Mieterhöhung bei einem großen Teil der Neubaumwohnungen sprachen. Es sollte sich um alle Wohnungen handeln, die mit Hauszinssteuermitteln erbaut worden sind und deren Erstellung bereits fünf Jahre zurückliegt. Wie der „Vorwärts“ von gutunterrichteter Seite erfährt, sind diese Meldungen unrichtig und höchstens geeignet, den einen oder anderen Hauswirt auf den Gedanken zu bringen, nun tatsächlich eine Erhöhung der Miete vorzunehmen. Die Neubaumieten werden also darauf zu achten haben, daß ihre ohnehin kaum tragbaren Mieten nicht unberechtigt noch weiter heraufgeschraubt werden.

Die Berechnungen, die die Notwendigkeit einer 11prozentigen Mieterhöhung nachweisen, gehen davon aus, daß die Bauherren, sowohl die privaten wie auch die gemeinnützigen Gesellschaften, nach Ablauf von fünf Jahren mit der Zahlung der ersten Tilgungsraten beginnen müssen. Das ist zutreffend. Die Bauherren haben jedoch, wie uns weiter mitgeteilt wird, allgemein diese Verpflichtung und die zu zahlende Grundvermögenssteuer bei ihrer Mietfestsetzung bereits berücksichtigt, so daß sie zu einer Erhöhung der Miete nicht berechtigt sein dürfen. Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, daß jede Mieterhöhung bei einer mit öffentlichen Geldern erbauten Wohnung der Genehmigung der Wohnungsfürsorgegesellschaft bedarf. Sollten in Ausnahmefällen die Vermieter eine Erhöhung der Miete durchzusetzen suchen, so wird es Aufgabe der Mieter sein, strengstens darauf zu achten, daß ihnen nicht unberechtigt neue Lasten aufgebürdet werden.

Eine Jahresmiete im voraus!

In einem Berliner Mittagsblatt wurden zuwelfen „Garçonwohnungen“ angeboten. 1 1/2-Zimmer-Neubaumwohnungen ohne Wohnungsberechtigungschein, ohne Miet-

zuschuß und was der bedrückten Dinge mehr wären. Durch die Reihen der bedrückten Untermieter eine erleichtertes Aufatmen. „Na endlich“. Es gibt zwar in Berlin schon einige Junggesellenheime, zum Beispiel in der Soorstraße und am Kaiserdamm, die Mieten sind aber dort so unerträglich, daß gewöhnlichen Sterblichen schon ein Schauer überläuft, wenn sie die Preise nur nennen hören.

Die Annonce klang aber so vielversprechend, daß man wenigstens eine Besichtigung nicht veräumen wollte. Am Hohenzollern-damm, unweit des Fehrbelliner Platzes, sind die neuen Häuser, die über 100 Eigenheime für Ledige in sich bergen, entstanden. Eine 1 1/2-Zimmer-Wohnung hat wenig mehr Quarantäninhalt als ein großes Zimmer. Zu jeder Wohnung gehört Bad und eine Besenlampe, die als Küche dienen soll. Wie sehr das ganze Unternehmen auf Luxus eingestellt ist, geht daraus hervor, daß in allen Häusern gar keine Gasleitung vorhanden ist. Kochen, waschen, alles muß elektrisch betrieben werden. Jede Wohnung hat zwei eingebaute Schränke, einen für die Haushaltsgegenstände, den anderen für die Garderobe. Das eine Zimmer, das als Wohnraum übrig bleibt, ist durch eine Bettfläche aufgeteilt. Heber der Stühle, wo vermutlich die Lagerstätte stehen soll, ist in die Decke Glas eingebaut, so daß man verdecktes Oberlicht ansetzen kann. Was besonderer Glanz wurde ein eingebauter „Tresor“ für die Wertgegenstände gezeigt. Bei der Verteilung der Wohnungen ist das Prinzip, auf dem rückwärtigen Fluß nach Wohnungen anzulegen, verwendet worden. So wird der Schein erreicht, als ob es nur gleichwertige Wohnungen gibt, und die Einrichtung des Hinterhauses geschickt köchert.

Für ein solches Paradies wird die Miete von monatlich 105 bis 120 Mark (je nach Lage) verlangt, zusätzlich eines 15prozentigen Zuschlags für Umlagen, für Warmwasser, Zentralheizung usw. Aber noch nicht genug damit! Für die mietzuschußfreien Wohnungen ist eine Jahresmiete im voraus zu bezahlen; dieser Betrag soll allerdings im Verlauf von fünf Jahren (das bedeutet in 60 Raten) zinstos zurückgezahlt werden. So sieht die Rechnung für Berliner Garçonwohnungen aus. Unerträglich für die Masse der Untermieter.

Antifaschistische Kundgebung

am Sonntag dem 16. November, nachmittags 2 1/2 Uhr
Treffpunkt: Albestraße am Friedrich-Wilhelm-Platz
in Friedenau. — Redner: Artur Crispian, M. d. R.

Keiner darf fehlen! Erscheine in Massen!
11. Kreis Schöneberg-Friedenau.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kreis- und Abteilungsteiler!

Am Freitag, dem 21. November, 19 1/2 Uhr, findet eine

große internationale Kundgebung

in der Autohalle am Kaiserdamm statt. — Wir bitten, unbedingt alle für diesen Tag angelegten Versammlungen zu verschieben und rege Propaganda für diese Kundgebung zu machen.
Der Bezirksvorstand.

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Parteigenossen, kommt zu der Filmvorstellung der Kinderfreunde am Dienstag, dem 18. November, in der Danziger Straße 20 (Programm unter Kinderfreunde-Mitteilungen).
- 7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Bezirksführer Gerschwindt findet am Sonntag, dem 15. November, von 17 bis 18 Uhr, im Jugendheim Fasanstraße 4, Ball, Gelegenheit zum Abschiedsfeier!
- 12. Kreis Tempelhof, Sonntag, 16. November, 19 Uhr. Führung durch die Brandenburgische Landesbauausstellung, Reichsallee, Mariendorfer Weg 25-26. Genossen und Genossinnen treffen sich um 17 Uhr an der Ecke Germania- und Gellert-Platz/Str. — Sonntag, 17. November, 19 1/2 Uhr, Kreismitgliedsversammlung im Restaurant Vierzehnblättern, Tempelhofer Park/Str. Kommunisten, Referent: Genosse Burgenmeister.
- 17. Abt. Die Einladungen von der Revolutionsfeier sind umgehend beim Genossen Böhm abzurufen.

Heute, Sonnabend, 15. November:

- 16. Abt. Sonntag, 16. November, Herbstergängen im großen Saal des Gewerkschaftsbauwerks, Engelstraße 24-25, Anfang 18 Uhr, Eintritt 75 Pf. Mitbringen: Die beliebige Tankspende der 3 Sagen-Bros, Karte Parteiangehöriger Groß-Berlin, die Landbauausstellung des Vereins Bauwerk, Kinderfreunde Söbke.
- 12. Abt. Reichsallee, 10 1/2 Uhr Besichtigung des Landtages. Treffpunkt vor dem Landtaggebäude, Prinz-Albrecht-Str. 3.
- 18. Abt. Rixdorf, 11 Uhr Besichtigung der Realschule in Rixdorf. Fahrt mit der Straßenbahn 187 bis Rixdorf, dann Autobus. Treffen 11 Uhr vor der Schule.

Jungsozialisten.

Funkwinkler! Heute, 19 1/2 Uhr, im Hofeisenhof, Kollhoffstraße, Versammlung der Jungsozialisten. Genosse Franz Müller spricht über: Die Partei im Kampf um die Serie der Jungwähler. Die Gruppenleiter kommen bereits um 18 1/2 Uhr zusammen.

Gruppe Reichsallee. Die Gruppenfunktionäre und auch Interessenten gehen heute zur Berliner Jungsozialistenversammlung im Hofeisenhof (19 1/2 Uhr). Morgen, Sonntag, treffen wir uns zur Fahrt durch den Hermsdorfer Wald um 9 Uhr in Tempel, Berliner Ecke Hauptstraße (Normaluhr). Bei Regenweiter

Funkwinkler.

Seit längerer Zeit bemüht sich die Berliner Funkrunde, aus der Fülle der Opern- und Operettenliteratur verborgene und vergessene Schätze zu heben. Leider war sie nicht immer vom Glück begünstigt. Der Name des Komponisten macht es nicht allein, denn auch ein Offensiv- und Supplé haben im Hinblick auf eine gute Besetzungsinstrumentarium hin und wieder Belanglosigkeiten geschrieben. Mit Willkürs „Der Viceadmiral“ verhält es sich dagegen anders, da der Komponist der „Bettelstudent“ hier ein Werk geschaffen hat, das in musikalischer Beziehung jeden Vergleich mit den wohlbekannteren Operetten der älteren Zeit auszuhalten kann. Innerhalb des Rahmens einer gepflegten musikalischen Tradition entfaltet Willkür einen wunderbaren Reichtum an Melodien. Beherrschung der Kompositionstechnik wie der Melodiebildung könnte heute manch einem modernen Komponisten als Vorbild dienen. Warum der „Viceadmiral“ in der Besetzung verschwunden war, bleibt ein Rätsel. Jedenfalls ist es ein Verdienst der Funkrunde, dieses Werk in sehr guter Besetzung dem Publikum vorgeführt zu haben. — In später Abendstunde spricht Alfred Währ über das Thema: „Erst leben, dann aufschreiben“. Es ist eine lebenswürdige und harmlose Blaudrösel in sehr guter sprachlicher Formulierung, die sich mit dem Problem der schriftstellerischen Gestaltung befaßt. Im Grunde wird die Vinfenwahrheit erörtert, daß nur derjenige schreiben kann, der auch äußerliche oder innerliche Erlebnisse hinter sich hat. Aber dies allein ist nicht entscheidend, und hier peroriert Alfred Währ. Man darf nicht nur den Schriftsteller als ein besonnenes Opfer, sondern muß ihn auch als kämpferische Persönlichkeit ansehen. Währs Vortrag bewegt sich allein in gut bürgerlichen Bahnen. F. Sch.

haben sich alle um 15 Uhr im Tegeeler Köpfler Jugendheim ein. Unterhaltung, Fortbildungen usw.

12. Abt. Intercom Genossen Eugen Schönbach, Siemensstr. 3, zu seinem 25jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

18. Abt. Intercom Genossen Otto Kinsch, Gellertstr. 22, Heinrich Schiller, Soldaten Str. 4, zum 25jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Wir hoffen beide Genossen noch recht lange in unserer Mitte zu sehen.

19. Abt. Intercom lieben Genossin Fele zu ihrem 66. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

20. Abt. Intercom lieben Genossen Hans Zimmerling, Brandenburgische Reichsallee, und Otto Schlemm, Rixdorfstraße, die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem 25. Parteijubiläum. Wenn beide noch recht lange in unserer Mitte bleiben. Die Genossinnen und Genossen der 46. Abteilung.

21. Abt. Walsdorf, Intercom alten, verehrten Genossen August Schiller, Tempelhofer Str. 7, die herzlichsten Glückwünsche zum 25jährigen Parteijubiläum. Die Abteilungsführung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

23. Abt. Genosse Frey Stefana, Charitater Str. 39, 18 im Alter von 66 Jahren verstorben. Eine feierliche Beerdigung am Sonntag, dem 15. November, 15 Uhr, Weihenfer, Gellertstr. 22, Friedhof der Segengemeinde. Um zahlreiche Beteiligung wird gebitten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Abendstunden für die Partei nur an den Jugendbetriebsräten (Zentral- und Lokalbetriebsräte)

Streikvorkämpfer Groß-Berlin. Heute, 19 Uhr, Beteiligung an der Beerdigung in der Gellertstr. 49 (U-Bahnhaltepunkt Rixdorf, Ringbahnhaltepunkt Gellertstr. 49, Autobus B).

Zentrale Parteitagung: Montag, 17. November, 19 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksversammlung Prenzlauer Berg, Prinz-Albrecht-Str. 11, Genosse Erwin Barmann, Leiter der Volksbildung Berlin, spricht über das Thema: „Wichtigste Aufgaben der Jugendbetriebsräte“. Alle älteren Genossinnen und Genossen sowie alle Abteilungsleiter müssen diesen Parteitagung besuchen. Mitgliederbuch dient als Ausweis.

Heute, Sonnabend, 15. November:

- Reichsallee I: Fahrt. Treffpunkt 19 1/2 Uhr. — Teget und Wittenau: Beteiligung an der Gründungsfeier der Rinderfreunde bei Teget, Remmer Bahnhof, Beginn 20 Uhr.
- Reichsallee I: Teilungsaal: Hochenddruck in Rixdorf. Treffpunkt 19 1/2 Uhr, Reichsallee I, Bahnhof, Unkosten 1,40 Mark.
- Reichsallee I: Parteitagung: Parteitagung am 19 1/2 Uhr im Teget, Rixdorfstr. 49.
- Reichsallee I: Teilungsaal: Teilungsaal des Bildungsausschusses des Werksbezugs mit den Vertretern der Gruppen nach Gellert. Treffpunkt 17 1/2 Uhr, Bahnhof Rixdorf, Rixdorfstr. 20 Uhr ebnort.
- Reichsallee I: Teilungsaal: Teilungsaal am Jugendtag in Wagon. Treffpunkt 18 und 30 Uhr, Bahnhof Tempelhof, Unkosten 1,40 Mark, Unkosten (Hohenzollern) 80 Pf.

Reichsallee I: Teilungsaal: Teilungsaal des Bildungsausschusses des Werksbezugs mit den Vertretern der Gruppen nach Gellert. Treffpunkt 17 1/2 Uhr, Bahnhof Rixdorf, Rixdorfstr. 20 Uhr ebnort.

Morgen, Sonntag, 16. November:

Wittenau: Fahrt nach Gellert-Rixdorf. Treffpunkt 7 Uhr, Bahnhof Gellertstr. 49. — Fasanstr. I: Fahrt. Treffpunkt 8 Uhr, Bahnhof Gellertstr. 49. — Rixdorf-Reichsallee: Beerdigung am 19 1/2 Uhr. Beginn in der 233.

Saxin führt ab, es wirkt sehr mild, versuch es, und Du bist im Bilde

Schluß mit dem Lohnabbau!

Antinationale Wirtschaftspolitik.

Mit dem verbindlich erklärten Schiedsspruch für Nordwest sind es an. Natürlich! Wenn es gegen die Arbeiter geht, dann haben die Schwerindustriellen immer die Führung.

Der zweite große Schlag erfolgte durch den Verband Berliner Metallindustrieller. Auch das ist nicht überraschend.

Dort 7½, hier 8 Proz. Lohnabbau. Und nun geht der Lohnabbau von allen Seiten los. Auch den Beamten, von denen viele sich gern von der Arbeiterklasse distanzieren. Soll Mergemacht werden, wo sie hingehören: Auch ihre Gehälter sollen um 6 Proz. gekürzt werden.

Warum dieser allgemeine Angriff auf den jetzt schon ungenügenden Lebensstandard der Arbeiterklasse?

Weil man damit die Arbeitslosigkeit beseitigen, mindestens erheblich einschränken will. So sagt man. Reichsregierung und Unternehmer glauben aber selbst nicht an dieses Argument.

Wir haben Ende Oktober 3¼ Millionen Arbeitslose gehabt. Die Reichsregierung sowie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung rechnen aber keineswegs mit einer Abnahme, sondern mit einer sprunghaften Zunahme der Arbeitslosigkeit. Man rechnet damit, daß bis Ende Februar die Zahl der Arbeitslosen mehr als vier Millionen betragen wird. Entweder diese Rechnung stimmt

und dann ist der Vorwand zum Lohnraub eine Lüge

oder sie stimmt nicht — und dann rechtfertigt sich der Lohnraub an den Beamten erst recht nicht.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Rechnung noch zu optimistisch ist und daß gerade infolge des staatlich geförderten Lohnabbaus die Zahl der Arbeitslosen in diesem Winter sicher an

4½ Millionen heranreichen wird. Am schlimmsten aber ist, daß durch den Lohnabbau die Behebung der Wirtschaftskrise noch weiter verzögert wird.

Freilich werden schließlich dann die Preise, besonders der Fertigwaren, um so stärker purzeln. Aber das ist kein Trost. Deutschland muß einen wesentlichen Teil seiner Fertigfabrikate ausführen.

Wir zahlen mit den Fertigfabrikaten die Reparationen, die Rohstoffe und die Lebensmittel,

die wir einführen müssen. Unsere Industriearbeiter werden aber heute schon niedriger bezahlt als in den moogebenden Industrieländern, also unter dem Westmarktlöhne.

Wenn dieser Lohn noch weiter gedrückt wird, so bedeutet das eine Selbstentwertung unseres internationalen Zahlungsmittels.

Je tiefer die deutschen Löhne sinken, desto mehr müssen wir Reparationen zahlen,

desto weniger können wir von dem Sinken der Rohstoffpreise profitieren.

Das Sinken der Rohstoffpreise war für ein Land der Verdichtungsarbeit wie Deutschland eine große Chance. Die stupide Lohnpolitik der deutschen Unternehmer schlägt diese Chance aus. Die Reichsregierung unterstützt noch diese antinationale Politik, die sich sowohl gegen die deutschen Arbeiter wie gegen die deutsche Gesamtwirtschaft richtet.

Damit muß endlich Schluß gemacht werden! Wenn die Reichsregierung, wenn die Schlichtungsinstanzen der Arbeitslosen erliegen, so muß die Öffentlichkeit aufgerufen werden gegen diese wirtschaftliche Selbstentwertung.

Verrückter Schiedsspruch.

Gemeingefährliche Wirkung der Lohnabbaupolitik.

Am Donnerstag wurde im Streit der Bau- und Geldschrankschlosser ein Schiedsspruch gefällt, der in seinem Abschnitt über die Lohngestaltung folgenden Wortlaut hat:

„Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an gilt das folgende: Das bisherige Lohnabkommen wird wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Bestimmung: „Wo bisher schon höhere Löhne als die tariflichen gezahlt wurden, wird die gleiche Differenz auf den neuen Tariflohn weitergezahlt. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.“ in Fortfall kommt.“

Vom 1. Januar 1931 an ermäßigen sich die tariflichen Stundenlöhne in der Geldschrankschlosserindustrie, auch die Akkorde, um 3 Prozent.

Dieses Abkommen gilt bis zum 30. Juni 1931. Es verlängert sich um jeweils sechs Monate, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf mittels schriftlicher Erklärung gekündigt wird.

Sinkt während der Vertragsdauer die Lebensindexziffer (Lebenshaltungskosten) eines Monats unter 140, so ermäßigen sich die bisherigen Löhne und Akkorde von der ersten Lohnwoche des nächsten Monats um 6 Proz. Erklärungsfrist 18. November 1930.“

Dieser Schiedsspruch diktiert aber einen Lohnabbau formell um 140 bedeutet eine Abnahme der Lebenshaltungskosten um vier Prozent. Der Schiedsspruch diktiert aber einen Lohnabbau formell um neun Prozent. In Wirklichkeit um 15 bis 20 Proz., denn er streicht auch die Besserungsklausel im Tarif. Der Mindestlohn wird dadurch zum Höchstlohn. Auch aus der sonstigen Fassung des Schiedsspruchs geht hervor, daß sein Verfasser bei der Abfassung nicht das geistige Gleichgewicht besaß.

In seiner allgemeinen Fassung spricht der Schiedsspruch zwar von der Nichtzulässigkeit von Maßregelungen anlässlich des Streiks bzw. der Aussperrung, macht aber die Wiedereinstellung abhängig von „der gegebenen Beschäftigungsmöglichkeit“.

Dieser Schiedsspruch ist aber auch deswegen eine Ungeheuerlichkeit, weil er einer fast reiflos organisierten und seit fünf Wochen im Abwehrkampf stehenden Arbeiterschaft einen beispiellosen Abbau der Tariflöhne und Akkorde auferlegen will.

Gar nicht in Rechnung stellt der Schiedsspruch die Tatsache, daß bereits 32 Firmen, darunter auch Großbetriebe, nicht nur ihre Lohnabbauabsichten preisgegeben, sondern darüber hinaus noch Lohn erhöhungen von durchschnittlich 10 Pfennig je Stunde bewilligt haben.

Die Branchenkommission und die Funktionäre der Bau- und Geldschrankschlosser haben diesen Schiedsspruch einstimmig ab-

gelehnt. Die zum Bersten überfüllte Branchenversammlung der Bau- und Geldschrankschlosser, die gestern abend in den Prachtzälen am Märchenbrunnen stattfand und über diese Entscheidung des Schlichtungsausschusses hell empört war, lehnte es einstimmig ab, über den Schiedsspruch überhaupt zu diskutieren.

Heute wird entsprechend den statutarischen Bestimmungen in allen Bezirksstempelstellen eine geheime Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs vorgenommen. An der Abstimmung beteiligen sich nur die Bau- und Geldschrankschlosser, die noch im Streit stehen, weil ihre Forderungen von ihren Unternehmern nicht anerkannt worden sind.

Das Abstimmungsergebnis muß bis heute, Sonnabend, 14 Uhr, der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes übermittelt werden, da zur gleichen Zeit im Verbandshaus der Metallarbeiter in der Einienstraße eine Funktionärkonferenz zum Abstimmungsergebnis Stellung nehmen muß.

Es steht außer Zweifel, daß die straff organisierte Bau- und Geldschrankschlosserbranche den Schiedsspruch mit erbitterter Mehrheit ablehnen wird.

Vierzig Jahre.

Die Vergangenheit weist den Weg in die Zukunft.

Am 16. November 1890 trat in Berlin eine Konferenz der deutschen Gewerkschaften zusammen, die zur Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geführt hat. Damit können wir das vierzigjährige Jubiläum der freigewerkschaftlichen Organisation unter einheitlicher Leitung feiern.

Die Gewerkschaften befanden sich damals am Ausgang des Sozialistengesetzes noch in einem Zustande der Schwäche und der Zersplitterung. Die Auffassungen über die Form, die die Gewerkschaften anzunehmen hätten, waren gleichfalls noch sehr geteilt. Die Generalkommission, die im Jahre 1919 in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund umgewandelt worden ist, erhielt die Aufgabe, die Gewerkschaftsorganisationen gegen die Angriffe der Unternehmer zu unterstützen. Die Mittel dazu sollten von den Gewerkschaften aufgebracht werden. Die Kommission hatte weiter die Aufgabe, einen Gewerkschaftskongress einzuberufen. Die Kommission sollte auch die schwachen Organisationen unterstützen

und die Agitation überall da betreiben, wo noch keine Organisationen bestanden.

In die Generalkommission wurden gewählt Begien, von Elm, Damann, Klotz, Theodor Schwarz, Glöck und Frau Thier. Von diesen befindet sich nur noch unser Genosse Glöck, der Geschäftsführer des „Vorwärts“, unter den Lebenden.

Der Boden, den die Generalkommission zu bearbeiten hatte, war noch sehr steinig. Nur etwa 300 000 Arbeiter waren in den verschiedensten Verbänden und Vokalvereinen organisiert. Aus diesen kleinen Anfängen ist es in schwerer Arbeit gelungen, die große gewaltige Organisation aufzubauen, die heute rund 5 Millionen Mitglieder umfaßt.

Dieser Fortschritt konnte nur erzielt, diese Arbeit konnte nur geleistet werden im ständigen geistigen Ringen und im beständigen harten Kampf gegen alle Angriffe von außen. Der Rückblick auf den Weg, den die Gewerkschaften Deutschlands in diesen vierzig Jahren zurückgelegt haben, mahnt uns, auch in der Zukunft alle inneren Meinungsverschiedenheiten in kameradschaftlicher Weise auszutragen, damit wir stark bleiben gegen die äußeren Feinde.

Das Unternehmertum ist jetzt daran, den Lebensstandard der Arbeiterschaft mit Hilfe staatlicher Nachmittel herabzudrücken. Um so notwendiger ist es, die Einheit der Organisation zu erhalten und zu verteidigen, um stark zu bleiben in der Verteidigung wie im Angriff. Wenn heute die Kommunistische Partei auf Anordnung von Moskau den Versuch unternimmt, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu zerbrechen, so ist es um so mehr die Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder, die so teuer errungene Einheit zu verteidigen.

Fünf-Tage-Woche im Gastwirtsgewerbe

Die Gastwirtsgehilfen während der Krise.

Die vollzählig besuchte Delegierten-Generalsversammlung am Donnerstagabend im Hadeschen Hof hörte zunächst den Bericht des 1. Bevollmächtigten, Genossen Saar über die Tätigkeit des Zweigvereins Berlin im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten im 3. Quartal 1930. Es ist ohne weiteres verständlich, daß die wirtschaftliche Krise auch am Gastwirtsgewerbe nicht spurlos vorübergeht. Es ist daher besonders erfreulich, daß es dem Verband in vielen Fällen gelungen ist, zur Vermeidung von Personalabbau die Fünf-Tage-Woche einzuführen. Diese Form der Kurzarbeit wurde besonders aus dem Grunde gewählt, weil es bei Stundenweiser Verkürzung der Arbeitszeit gewissen Direktoren und anderem Aufsichtspersonal sonst doch möglich sein würde, dem Personal im Interesse des Unternehmens doch wieder eine halbe Stunde Freiheit abzugewinnen. Durch die Einführung der Fünf-Tage-Woche ist eine bessere Kontrolle möglich.

Auch von den besonderen Bemühungen und materiellen Opfern, die namentlich die besoldeten Funktionäre des Verbandes im Interesse der arbeitslosen und ausgefallenen Verbandsmitglieder zu bringen bereit sind, nahm die Versammlung zustimmend Kenntnis. Desgleichen wurden die internen organisatorischen Maßnahmen dem Beschlusse des Vorstandes entsprechend gutgeheißen, die dadurch erforderlich geworden sind, daß Genosse Saar die Stelle des am 1. Januar 1931 infolge Erreichung der Altersgrenze ausscheidenden Verbandsvorsitzenden Sträßlinger übernimmt.

Behebung der Wirtschaftskrise.

Amerikanische Methoden.

Während man in Deutschland die Wirtschaftskrise durch Lohnherabsetzungen und damit durch weitere Schwächung der insolge der kolossalen Arbeitslosigkeit ohnehin gelähmten Kaufkraft beheben will, sucht man in Amerika der Krise auf andere Weise beizukommen. Darüber ist näheres zu lesen in der Zeitschrift „Literary Digest“ vom 8. November 1930. Dort werden eine Reihe Schlagworte zitiert, die zurzeit in den Vereinigten Staaten durch Plakate und Zerkungen stark verbreitet werden.

Ein solches Wort heißt: „A dime a day keeps depression away.“ Ein „dime“ ist eine 10-Cent-Münze, also 40 Pf., oder in deutscher Kaufkraft ausgedrückt 20 Pf. Verdeutschlicht hieße also dieses Schlagwort: „Gib täglich 20 Pf. mehr aus, dann ist die Krise überwunden.“

Ein anderes Wort: „Kaufe jetzt, zur Steigerung der Prosperität.“

Ein weiteres Wort: „Wissen Sie, daß, wenn jeder Lohnbezieher 15 Cents täglich (60 Pf.) mehr ausgibt, es dann möglich wäre, eine Million Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen?“

Und noch ein Schlagwort: „Der Unterschied zwischen Prosperität und Zeit der Not beträgt einen Dollar pro Kopf und Woche.“

„Arbeitslose Dollar machen arbeitslose Menschen“ ist ein weiteres dieser Schlagworte.

Eine Reihe Industrieführer sind gefragt worden, wie sie sich zu

In der Zeit der Sparmassnahmen

ist die Qualität und der Preis ausschlaggebend. Tadellose Verarbeitung, guter Sitz und große Preiswürdigkeit kennzeichnen



SALAMANDER

KAUFEN SIE AUCH NOCH DIE PASSENDEN STRÜMPFE UND ÜBERSCHUHE

Konsumvereine trotzen der Krise.

Starker Mitgliederzugang in ganz Deutschland.

Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlichte Erhebung über das dritte Vierteljahr 1930 beweist eine starke Widerstandskraft der Konsumgenossenschaften gegenüber der Wirtschaftskrise.

Table with 3 columns: 3. Vierteljahr 1930, 2. Vierteljahr 1930, 3. Vierteljahr 1929. Rows include Mitgliederbestand, Vierteljahrsumlage, Umsatz der Groß-einkaufsgesellsch., Umsatz der Herstellungsbetriebe, and Spareinkaufsgel.

Bei dem Anwachsen der Mitgliederzahlen muß berücksichtigt werden, daß die Vereine die sogenannten Papierfiktoren schonungslos ausgeschlossen haben.

Die Eigenbetriebsmittel der Konsumgenossenschaften sind sowohl zahlenmäßig als auch im Verhältnis zum Umsatz geblieben. Die Geschäftsguthaben vermehrten sich von 61,96 auf 62,57 Millionen Mark.

Der neue Zementblock.

Interessengemeinschaft des schlesischen und süddeutschen Zement-Konzerns.

Die beiden kapitalstärksten Zementkonzerne in Deutschland, die Schlesische Portland-Zementfabriken A.-G. in Opole und die süddeutsche Gruppe Portland-Zementwerke Heidelberg-Rannheim-Stuttgart A.-G. haben jetzt eine Interessengemeinschaft abgeschlossen.

Die Hintergründe dieser bedeutenden Aktion sind in den immer schärfer auftretenden Krisenwirkungen, die das Fundament der Zementindustrie erschüttern, zu suchen.

Vorstoß der Kupferkönige.

Drosselung der Produktion beschlossen

Das amerikanische Kupferkartell, das in den letzten beiden Jahren mit seiner Politik völligen Scheiterns entgegensteht, hat sich zu einem neuen Stoß aus.

Diese Maßnahme hat ihre Wirkung auf die Kupferpreise natürlich nicht verfehlt. Nachdem seit März 1929 der Kupferpreis ununterbrochen von 24% bis auf 8,5 Cent je Pfund gesunken war, damit den kleinsten Stand in diesem Jahrhundert erreicht hatte, sind die Preise in den letzten beiden Tagen auf 10,3 Cent gestiegen.

Reichswirtschaftsrat gegen Eisenherren.

Die Preisentlungsgutachten für die Reichsregierung fertiggestellt.

Der Reichswirtschaftsrat hat die von der Reichsregierung am 22. August verlangten Gutachten zur Preisentlung bei Kartellen und in der Markenartikelfrage fertiggestellt.

Die Beschlüsse zur Preisbildung der Kartelle.

Dem Auftrag der Reichsregierung hat der Reichswirtschaftsrat im einzelnen durch folgende Beschlüsse entsprochen:

Für die Kartell- und Mischkartellwirtschaft wurde einstimmig festgestellt, daß hier die Anwendung der Kartellnotverordnung nicht geboten sei, nachdem von einer Aufhebung der freien Konkurrenz durch die Preispolitik der Kartelle nicht gesprochen werden könne.

Bei der Ziegellandwirtschaft wurde von derselben Voraussetzung ausgegangen. Es wird einstimmig empfohlen, überall da, wo lokale Kartelle durch Ausnutzung der Fruchtfolge eine Ausnahmestellung einnehmen und wo die Listenpreise unterboten werden, Verhandlungen einzuleiten und nötigenfalls auf Grund der Kartellnotverordnung einzuschreiten.

Für die Zementwirtschaft wird festgestellt, daß die früheren Preise der Zementkartelle überhöht und nicht zu rechtfertigen waren. Eine Preispolitik, die im wesentlichen auf die Außenweltberücksichtigung abgestellt ist, wird für bedenklich erklärt.

Für die Tapetenindustrie wurde einstimmig beschlossen, der Reichsregierung zu empfehlen, den Preisdruck im Handel aufzuheben (ist inzwischen erfolgt).

Gegen die Ueberorganisation im Bergbau.

Zur Stein- und Braunkohlewirtschaft verlangt der Reichswirtschaftsrat, daß die angekündigte sechszwanzigprozentige Preisentlung zu einer Senkung des gesamten Preisniveaus und damit auch der Herstellungskosten führen müsse.

Auch auf eine Ermäßigung der Kleinhandelspreise soll die Reichsregierung hinwirken; wo der Erfolg ausbleibt, soll auf Grund der Kartellnotverordnung eingegriffen werden.

Scharfe Beurteilung der Eisenpreispolitik.

Für die Eisenwirtschaft, die ja im Mittelpunkt der Preisentlungsbekämpfung steht, sind die Erhebungen nicht abgeschlossen.

mit Hilfe seiner Drosselungspolitik die Preise wieder bis auf etwa 13 Cent heraufzusetzen. Eine andere Frage ist, wie lange das Kartell die Minenbesitzer und besonders die Lohnhütten bei der Stange halten kann.

„Wer billig ist, wird bestraft.“

Zur Lage des Zigarettenhandels.

Wir haben gestern scharf kritisiert, daß ein Händler, der Zigaretten unter den Richtpreisen verkaufte, deshalb bestraft wurde.

Die Lage besonders der kleinen und kleinsten Händler ist im Gefolge der Krise zweifellos erschwert worden, so daß der verringerte Umsatz trotz der äußerlich reichlich scheinenden Spanne, zusammen mit den erhöhten Ladenumkosten vielen Kleinhändlern kaum mehr als das Existenzminimum sichert.

In solchen Fällen aber wird es auch an den Händlern liegen, den Nachweis dafür zu führen, daß die kartellfindende Preisunterbrechung tatsächlich unmoralisch ist.

erklärt und die Reichsregierung ersucht, auf Beschleunigung dieser Preisentlung hinzuwirken, weil eine Ermäßigung der gesamten Produktionskosten der deutschen Wirtschaft nur möglich sei, wenn gleichzeitig von allen Seiten, in erster Linie von Seiten der wichtigsten Rohstoffherzeuger, Preisermäßigungen vorgenommen werden.

Sichtlichlich der Markenartikel

hat sich die Auffassung im Reichswirtschaftsrat durchgesetzt, daß eine allgemeine Aufhebung des Preisdruckes Bedenken habe und daß man mit einer allgemeinen Aufhebung der Preisbindungen nicht nur die Unvernünftigen, die einer Preisherabsetzung Widerstand leisten, treffen würde, sondern auch einschlägige Kreise, die der Preisentlungspolitik positiv gegenüberstehen.

Nach dem Gutachten des Reichswirtschaftsrates soll die Reichsregierung den Verbänden der Erzeuger und Händler kurze Fristen setzen, nach deren Ablauf die Preisentlung in ausreißendem Maße auf diesen Gebieten gescheitert sein muß.

Gegen den dritten Absatz dieser Markenartikelentscheidung haben die 10 Unternehmervertreter und 6 Vertreter aus der sogenannten Gruppe der Verbraucher gestimmt.

Der von den Unternehmern abgelehnte Abschnitt belagt, daß dort, wo sich das oben erwähnte Verfahren für die Preisentlung als nicht genügend wirksam oder als praktisch unbrauchbar erweist, der Reichswirtschaftsrat die allgemeine Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel empfehlen müsse.

Wenn zu den Vollmachten der Reichsregierung noch Gutachten nötig wären, so kann die Reichsregierung jetzt besonders auf dem Gebiet der Kohle, des Eisens und der Baustoffe handeln.

Einzelhandel und Preisabbau.

Die Stellungnahme der Hauptgemeinschaft.

Die Fragen des Preisabbaus und der Gewinnspanne im Einzelhandel standen gestern in einer von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels veranstalteten Besprechung zur Debatte.

Wie nicht anders zu erwarten war, stellten sämtliche Redner die Behauptung auf, daß in den verschiedensten Zweigen des Einzelhandels seit einem Jahr ganz bedeutende Preisentlungen eingetreten seien.

Maschinenbau weiter ungünstig.

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten erfuhr die Geschäftslage im Oktober eine weitere Verschlechterung.

Joh. Kepler, der Mystiker

Zu seinem 300. Todestage: 15. November

Jedermann macht jeder denkende Mensch den Sprung von der Mystik zur Physik. Und jedermann macht ihn jede Nation (denn jede ist ein Volk von Denkern) und schält daraus Epochen. Aber wie im Mann stets ein Rest Kind bleibt, so in jeder Naturforschung als Wissenschaft ein Rest Mystik als Erbe. Unsere heutige Mystik werden uns einmal unsere Entel oder Urentel vorwerfen — wir freuen uns gegenwärtig über Keplers Erdensele, die wir ein wenig von oben herab belächeln und über seine kosmische Meteorologie, die meiner Meinung nach sehr wichtig ist und verunlich wohl von einer künftigen Forschung an die Stelle der gegenwärtigen rein tellurischen und daher unwissenschaftlichen Meteorologie gesetzt wird.

Aber Kepler war kein Mystiker von der Art des Zeitgenossen Jakob Böhme. Dieser Böhme, nächst Hans Sachs der zweite große deutsche Dichter, der den Aufstieg aus dem Handwerk in die Welt der Geistigkeit mit größtem Erfolg unternahm, war ein rein religiöser Mystiker, der sich freilich der naturwissenschaftlich-mystischen Redeweisen des damaligen Modernismus bediente. Keplers Mystizismus war viel umfassender, umschloß den ganzen Kosmos und versenkte sich nicht ins rein Religiöse. Kepler sah die Dinge der Welt in ganz moderner Weise, wie wir Leute des 20. Jahrhunderts, als durch mathematische Beziehungen miteinander verbunden an. Er suchte die Zusammenhänge zu entdecken und hatte darin auch ungeheuren Erfolg — nicht so sehr vielleicht, weil er ein genialer Mathematiker war, als vielmehr deswegen, weil er als erster den erstaunlichen Gedanken an die Existenz der Naturgesetze suchte. Der erste, der einen neuen Erdteil betritt, kann dort natürlich die auffallendsten Sachen eher als alle anderen entdecken. So betrat der Mystiker Kepler, der ja studierter Theologe war, als Außenstehender das Gebiet der Sternkunde und sah mit dem ersten Blick, was Kopernikus und Galilei nicht einmal als Fragestellung erkannt hatten: die Planeten vollführen Umläufe und sie stehen in gewissen Entfernungen von der Weltmitte. Wie hängen diese Zeiten und Distanzen miteinander zusammen?

Die Fragestellung war also das erste, was der junge Mystiker entdeckte. Und er hatte auch bald eine Antwort gefunden. Mit 23 Jahren sah er jenen Zusammenhang zwischen den regulären (platonischen) Körpern und den Planeten, den er 1596 im „Prodromus dissertationum cosmographicarum“ veröffentlichte und der ihm die Aufmerksamkeit der zeitgenössischen gelehrten Welt eroberte. So war die Mystik Keplers gerichtet: er dachte in geometrischen Figuren und erdachte einen möglichen Sinn der Welt darin, daß die wunderbare Harmonie der platonischen Körper nichts anderes denn eine Widerspiegelung kosmischer Verhältnisse sei. Dies war der Titel seines Erfindungswortes: „Schöpfungsgeheimnisse in Weltentiefen.“

Ein Stipendium des Städtchens Leonberg half dem jungen Kepler ein, im Stift zu Maulbronn die Gottesgelehrtheit zu studieren. Dort im Stift galt er bald als ein Verdächtiger, denn er nahm die theologischen Lehren zwar in schuldiger Ehrfurcht, doch nicht ohne Grübeln auf. Was seit Jahrzehnten die Welt bewegt hatte, vor allem die Frage, wie Gott in der Hohe enthalten sei, war eifrig diskutiertes Lehr- und Gesprächsthema. Den Schülern und den Lehrern fiel der stille Grübler auf, und die Jesuiten, in Württemberg nicht minder zahlreich denn in Preußen, nahmen ihm, dem hervorstechendsten Talente der Schule, jede Frage über die in Württemberg und Bernerlei stellte. Und welche Fragen konnte nicht ein genialer Mystiker an einen württembergischen Theologielehrer stellen! Zudem mag irgendein Geruch von Unzuverlässigkeit in Glaubenssachen als Trautz nach Maulbronn gekommen sein — um 1550 soll eine Tante unseres Kepler als Heze verbrannt worden sein —, so wurde dem beschaidenen Knaben auf Schritt und Tritt alles „übel genommen“. Ein triner Mystiker unter dortigen Jesuiten, die es freilich alle gut meinten, da sie eben des Glaubens waren, sie hätten die Wahrheit.

Der Geruch blieb unserem Kepler zeitlebens haften und verhinderte, daß er in Württemberg eine Stellung finden konnte. Obgleich tief religiös, war Kepler doch durch und durch Mystiker, der Gott selber, und zwar alle drei göttlichen Personen, in die Welt hineinverlechte. Als er nach dem Tode Rudolfs II. nach Prag zog, als landesfürstlicher Mathematiker, da machte er freudigen Herzens einen Antrittsbesuch beim dortigen evangelischen Pfarrer — war der doch ein Schulkamerad aus Maulbronn! Aber Kepler wurde übel empfangen. Der Mann fragte ihn über seine Rechtschaffenheit aus, und da Kepler sich nicht dogmatisch festlegen wollte, verweigerte der Pfarrer die Zulassung zum Abendmahl. Kepler beschwerte sich in Stuttgart. Aber da kam er schon an — er wurde erst recht obgewiesener! „Ein Schwindelbetrüger“ und „ein Lehtöpflin“ nannte das Konsistorium zu Stuttgart den größten deutschen Naturforscher. Damit ist die Parallele zu Galilei und seinem Verhältnis zur katholischen Kirche ziemlich vollständig. Fügen wir noch hinzu, daß Kepler sich (in einem Gutachten für den Regensburger Reichstag) unbedingt für die gregorianische Kalenderreform aussprach, während die Tübinger Gelehrten mit Keplers Lehrer Rästlin an der Spitze natürlich dagegen waren, so kann ermeßten werden, wie wenig beliebt dieser große Prophet in seinem Vaterlande war.

Ein jedes Zeitalter hat seine ihm gemäße Form der naturwissenschaftlichen Phantasie und Spekulation. Und zu Keplers Zeiten war die Mystik die angemessene Form des Denkens — sie ist es zu einem (wenig) erkannten Teil auch noch heute. Für Kepler ist die reguläre Sechseckigkeit der Schneeflocken ein gewisses Spiel der Erdensele, die kristallinen Formen vieler Gesteine freundliche Spiele der Mutter. Die allgemeine gleichförmige Drehung der Planeten um die Sonne ist ihm ein himmlischer Wirbel, in dessen Einheitskreis Kepler ohne weiteres die Sonne selber „mit ihrem glänzenden Leib“ einbezieht. Und so kommt der Mystiker Kepler vor Galilei, dem nächsternen Mystiker, zur Kenntnis einer Eigendrehung der Sonne. Kepler rechnete lähn und falsch drei Tage für die Drehung, man findet dann etwa 26 Tage.

Mag Brad hat in seinem Roman „Tropf Brahes Weg zu Gott“ manches aus Keplers Miffstanzzeit in Prag verücht, und da hat der Seher im Dichter richtig gesehen. Aber da Brad Held Brahe war, dessen Mystik als Bahn zu Gott gesehen wird, so kommt dort Kepler zu kurz, dessen Mystik das Göttliche auf allen Bahnen, ja in den Bahnen selber drinnen sah. Seit Siegmund Günther 1896 eine kurze Biographie Keplers schrieb, ist keine ausführliche Würdigung des großen Astronomen erschienen. Eine kurze Skizze mit Biogramm seines Lebens brachte ich 1926 in „Naturforscher und Naturgelehrte“. Dort ist noch besonders die Beziehung Keplers zu Galilei beleuchtet, die lehrreich und typisch für das Verhältnis des romantischen zum klassizistischen Typ ist. Es ist ungefähr das Schiller-Goethe-Verhältnis, natürlich zeitgemäß verlagert und durch die Glaubensspaltung kompliziert. Hier sei zum Schluß nur angedeutet, daß Galilei unseren Kepler überhaupt nicht ernst nahm und hinter den schwärmerischen Ergüssen des Deutschen nichts, rein nichts sah. Galilei erntete zu seinen Lebzeiten die Nachwirkung von 300 Jahren Kultur ein, Kepler aber lebt in den ersten Jahrzehnten

der selben Kultur, obgleich zur gleichen Zeit wie Galilei. Wer dies nicht bedenkt, kann Kepler nicht gerecht werden. Wer es aber weiß und beachtet, wird Keplers Weg von der Mystik zu den Naturgesetzen verstehen.

Was sind das nun für Gesetze, bei denen Kepler landete? Nun, in unseren höheren Schulen werden sie als die „Drei Gesetze von Kepler“ gelehrt. 1. Die Planeten bewegen sich in Ellipsen um die Sonne, die in einem Brennpunkt steht und die Quelle der Bewegung ist. (Das gesperrt gedruckte lassen unsere Schulmeister immer weg, es ist ihnen zu mystisch, aber Kepler hat es so ausgedrückt und es ist durchaus vernünftig.) 2. Die vom Leitstrahl Sonne-Planet beschriebenen Flächen sind in gleichen Zeiten gleich groß (anders gesagt: je weiter ein bestimmter Planet auf seiner Bahn von der Sonne entfernt ist, desto langsamer läuft er, und je näher desto schneller). 3. Die Quadrate der Umlaufzeiten zweier Planeten verhalten sich wie die dritten Potenzen der mittleren Entfernungen dieser Planeten von der Sonne.

Diese drei Gesetze sind wundervolle Regelmäßigkeiten am Himmel. Wir wissen ja seit Newton, dem Begründer der rechnenden Astronomie, daß eins aus dem anderen folgt, daß alle drei aus dem

Die Liebesgeschichte der Wildgans

Beim Berg hat wieder eine neue Liebesgeschichte geschrieben. Auf seiner an der Südtähe Schöneberg gefesteten Behausung hat er durch Jahre hindurch Wildgänse gezogen, hat sie mit ihnen eingelebt, sie persönlich betrachtet und nun ihr abenteuerliches Leben geschildert und mit wunderbaren Worten, aus demstündlich „Die Liebesgeschichte der Wildgans“. Verlegt Friedrich Neimer, Berlin. Preis in Leinen gebunden 8 M. Wir bringen daraus mit Erlaubnis des Verlegers eine nur wenig gekürzte ergötzliche Erzählung aus der Geschichte der Wildgans Nr. 3.

Es wird immer erzählt, daß die Wildgänse in strenger Monogamie leben, genau wie unter den Menschen gewisse Nationen, die bekanntlich „besser“ sind als alle anderen. Wenigstens unter den Wildgänsen muß es dann Ausnahmen geben. Und Nummer 1 war eine. Er zeigte sich immer nur „paarweis“, und er hätte insofern sehr wohl seinen guten Ruf behalten können. Aber er dachte so nicht daran, daß mein Feldglas stets auf der Suche nach den Jähfern war. Dabei stellte es sich nämlich zu meinem Schrecken heraus, daß er immer wieder mit einer neuen Nummer ankam.

Kinder — dachte ich wieder, die Leute werden sagen, es ist nur, weil sie von mir erzogen sind.

Mit einer perfekten er aber vergebens anzubandeln. Das war die seine Wildgans Nummer 5.

Er gab sich die größte Mühe. Und leichtverständlich. Denn sie war und sie ist „heute noch“, mit ihren fünf Jahren und neunzehn Kindern bitte, eine schöne Gans. Menschen denken wenig daran, daß es unter Vögeln auch Schönheiten geben kann. O ja. Es gibt häßliche unter ihnen, und es gibt armutige, wenn auch weniger, genau wie bei den zweibeinigen, die keine Flügel haben.

Sie konnte fliegen, wohin sie wollte, und doch war sie allein zurückgekommen und den ganzen Winter auf dem Eise in der Bucht geblieben. Best ging sie den ganzen Tag da herum und ließ sich eifriglich von dem großen kanadischen Gänserich bewachen. Wer auch herankam, er wies jede Annäherung mit Bissen ab. Er schrie mit vorgestrecktem Hals der ganzen Gesellschaft seine Gefühle zu und stürzte wie ein wahrer Othello um die Angebetete herum.

Er meinte ich, diese Verbindung wäre doch ein Unfuss. Er war fast doppelt so groß wie sie, und nebenbei wären mir reine Graugänse lieber als alle noch so interessanten Mischlingskinder. Hebrigen waren sie ja so ganz verschiedene Tiere. Hoffentlich war es nur blinder Wahn. Es ging mir wie einem hürgeischen Vater, der die Wahl seiner geliebten Tochter nicht ohne Nummer ansieht. Da war mir doch ein einfacher ehrlicher Graugänserich lieber als so irgendein fremder Polch. Deshalb begrüßte ich es mit einer gewissen Bemühtung, als meine liebe kleine Gans eines Tages mit einem neuen jungen Graugänserich herumzog. Wer er war, möchte ich heute noch gern wissen. Er gehörte zu den dreizehn. Meine Kamera hat Bilder von ihm erhalten, wie er mit der Angebeteten herumzog; später sogar mit ihren Kindern. Aber niemals gelang es meinem Feldglas, seine Ringnummer herauszufinden. Er war nämlich scheuer als alle die anderen und wollte nicht gern nach dem Futterplatz in der Bucht kommen. Er hatte allen Grund dazu. Denn am Ufer ging der fast zweimal so schwere kanadische Gänserich während hin und her und gab mit Gebärden und Geräuschen zu verstehen, daß er jeden Nebenbuhler kurz und klein machen würde.

Sobald die unvorberse Schöne aus der Bucht herausflog, kam ihr Bewunderer herangeshossen und flog mit ihr zu den Inseln, um zu großen. Dann stand der stolze Kanadier verlassen mit schmerzhaft gestrecktem Hals am Ufer und schaute den beiden nach. Immer wieder machte er einen verzweifelten Versuch, sich mit seinen anderthalb Flügeln vom Wasser zu erheben. Im war, wie fast allen solchen fremden Wasservögeln, vom Bang her die eine Flügelspitze abgeschnitten. Und als er es wieder und wieder vergebens versuchte und schließlich machtlos auf den Wellen lag und nach den Inseln draußen schaute, drang aus seiner Kehle ein Ruf von Wut und Schmerz zugleich, ein Ruf aus einem Herzen, das sich mit den anderen dorthin wünschte und nicht zu lassen vermochte, weshalb seine von Geburt so starken Flügel ihn nicht dahintrugen.

Es ist keine Sentimentalität und keine „Vernunftschwärmerei“ nötig, um mit der armen Seele zu fühlen, deren Ruf da erscholl.

Fast wäre in mir manchmal die Versuchung übermächtig geworden, diesen keinen Kerl aus der Bucht für immer herauszulassen. hätten mich nicht die dreien dunklen Flügel des herumirrenden Seeadlers über den Schären draußen daran erinnert, daß die Freiheit für meinen stolzen Gänserich nur den baldigen Tod in den Aderschwänzen bedeute. Und vielleicht wäre er doch frei geworden, hätte nicht meine „Nunne kleine Gans“ innerhalb der Bucht ihr erstes Nest gebaut. Sie erzählte es selbst, als ich früh morgens an der Bucht entlang wanderte. Einen halben Steinwurf vom Strande liegt da eine kleine Schäre, nur zehn Schritte lang. Vor dieser Schäre lag der kanadische Gänserich mit hochgerecktem Hals und hielt Umschau. Wo war sie denn? Da sie nirgendwo zu sehen war, rief ich den allen gewohnten Jurauf über die Bucht hinaus: „Goose, kleine Goose, komm.“

Dann erhob sich ein Gänsehals aus dem niedrigen Lannenteisig. Sie war es. Aber keine Antwort folgte. Sie schaute mich nur freitig an, und jetzt ihr Schnabel bewegte sich doch. Was tat sie? Sie gackerte mich mißtraulich an, als hätte sie jemanden vor meiner Anwesenheit warnen wollen.

Des war genug. Ohne ein weiteres Wort ging ich davon. Als sie aber eine Weile später laut schreiend mit ihrem jungen Gänser nach den Inseln hinausflog, zog ich schnell meine langen Wasser-

einen Befehl sich ableiten lassen: die Anziehung Sonne-Planet steht im verkehrt quadratischen Verhältnis zur Distanz. Aber zu Keplers Lebzeiten hat zum Beispiel Galilei die Gesetze nie anerkannt, auch nie erwähnt, für ihn blieben die Bahnen der Planeten stets Kreise, obgleich sich die Unmöglichkeit der Kreisbahnen schon längst erwiesen hatte. Galilei stand unter dem harten Druck der römischen Inquisition, er durfte nichts anerkennen, was der Keher jenseits der Alpen ausgeflügelt hatte.

Zeit seines Lebens hatte Kepler den Kampf ums Dasein wie auch den Kampf mit der Unduldsamkeit zu bestehen. Der verrückte Kaiser Rudolf II. hatte ihn an seinen Hof gezogen, blieb ihm aber das Gehalt schuldig. Wallenstein wollte Keplers astrologische Dienste in Anspruch nehmen, Kepler kam nach Sagan an den Hof dieses dunklen Herden. Im Herbst 1630 ritt Kepler nach Regensburg, um auf dem Reichstag das rückständige Gehalt zu fordern — Rudolf II. war seit 1612 tot, die Erben wollten nichts davon wissen. Zu Pferd zog Kepler über Leipzig und Hof nach Regensburg, wo er krank ankam. Noch im April des Sterbejahres war ihm von seiner zweiten Frau in Sagan ein Töchterlein geboren worden. In Regensburg erlosch dieses typische deutsche Gelehrtenleben: wenig Erfolg und viel Mißgunst und Reid, wenig Einnahmen und viele Kinder, ein armer Teufel von der Wiege bis zum Grabe. Und wo das Grab ist, weiß heute niemand, obgleich doch damals, als am 15. November 1630 Kepler in Regensburg beerdigt wurde, fast der ganze Reichstag mitgegangen sein soll. Im Bergleich mit Galilei und Newton, Hobbes und Gassendi war Kepler das, was wir heute als einen Propheten unter den Gelehrten bezeichnen würden.

Rudolf Lämmel.

Tiefel an und wartete zu der kleinen Schäre hinüber. Es stimmte. Zwischen den Tannen lag noch vom Winter her ein Haufen Stroh und darin leuchtete ein weißes Gänselei. Beinahe wäre ich mit Wasser in den Stiefeln zurückgekehrt. Denn der große Kanadier hatte mich vom anderen Ende der Bucht bewacht und kam während angekommen. Er schrie und schlug mit den Flügeln, und in dem Augenblick, als meine Stiefel in dem zähen Schlief bei der tiefsten Stelle stecken zu bleiben drohten, fuhr er ohne weiteres auf meine Beine los und biß, wo er heißen konnte, als wollte er einen Erdbrecher festhalten, bis Hilfe kam. Und sie kam — die Gans nämlich, ob zufällig oder auf sein Rufen war nicht zu erraten. Er schrien bei dem Gedanken, sie vielleicht durch meine Reugler zu verdrängen, entließ ich durchs nächste Gänselei. Der tüchtige Gänserich schwamm ihr aber mit aufgeregten Gebärden und Lauten entgegen, als wollte er ihr auseinanderlegen, was vorgefallen war.

Kann nun so ein Vogel wirklich einem anderen etwas berichten?

Von dem Trage an gackerte die Gans mich den ganzen Frühling durch mißtraulich an, sobald mich mein Weg in die Nähe führte. Das Mißtrauen beruhte aber auf Gegenseitigkeit. Denn mir schien es von Tag zu Tag verdächtiger, wie sie morgens und abends mit ihrem jungen Bewunderer herumflog, während der große Gänserich treu das Geheimnis auf der kleinen Schäre hütete. Es waren bald vierzehn Tage her, seitdem das erste Ei gelegt worden war, und immer noch schwärmte die Unvorberse draußen bei den Inseln herum, als hätte sie zu Hause keine Verpflichtungen.

Dann, Mitte Mai, lag sie eines Morgens geduckt unter dem Tannenteisig. Sie blieb den ganzen Tag. Da lag sie jetzt vier Wochen lang. Nur morgens und nachmittags flog sie eine kurze Weile zum Seelen heraus. Sofort war der junge Gänserich dabei. Er gackerte sie entzückt an und begleitete sie sorgfältig zurück. Nur nicht bis zum Nest. Denn da hielt der kanadische Riese Wache. Allmählich wurden meine Gedanken damit vertraut, daß es so sein müßte. Es wäre ja auch ganz gegen die Natur, mit diesem großen Fremden Mischlinge zu erzeugen, wenn sie doch einen Vater des eigenen Stammes wählen konnte. In der Bucht war sie aber ausgewachsen. Dort getraute sie sich am ehesten, ihre Brut zu verbergen, und der große Gänserich durfte sich ruhig als Hüter stolz und glücklich fühlen.

Das tat er auch, als eines sonnigen Morgens im Juni die kleine Gänsemutter noch allen Seiten gackernd ihre neun Sprößlinge in die Bucht und ins Wasser zugleich hinausführte. Neun waren es. Deshalb hatte es also vom ersten Ei bis zum Brüten so lange gedauert. Neun neue Kinder in der Familie. Der kanadische Riese gebärdete sich für die Umgebung, wie ein kinderreicher Polch es tun soll, und erzählte laut rufend allen in der Bucht die Neuigkeit, während er als letzter in der Reihe zum Futterplatz schwamm und genau darauf achtete, daß keiner sich zu nahe heronwagte. Wie waren wir beide stolz auf das Ereignis, er und ich. Nur ein wenig verfahren. Denn er hatte ja niemals echte Graugansjungen gesehen. Ich hatte es. Und — beim heiligen Franziskus — ich konnte keinen Unterschied sehen.

Mit einem Auge schielte ich zu der nächsten Landspitze hinüber, wo der junge Graugänser immer auf seine Angebetete wartete.

Da sah er auf einem Stein mit einer anderen Gans. Du Luder! — sagte ich laut — und ich wußte nicht mehr genau, wen ich damit meinte.

Steinobst ohne Steine

Pflaumen, Aprikosen, Kirichen usw. haben in der fastigen Frucht einen mandelartigen Samen, der von einer steinharten Schale umgeben und geschützt ist. Daher der Name Steinobst. Diese steinharte Schale, der Stein, löst beim Genuß der Früchte und bei ihrer Verarbeitung im Haushalt und in Fabriken. Seit Jahrhunderten schon strebt daher die Menschheit danach, Steinobst ohne Steine, nur mit dem weichen Samenkern, zu züchten. Erst in allerneuester Zeit ist dieser Versuch geglückt. Der geistvolle Pflanzenzüchter in Kalifornien, Luther Burbank, hat das Ziel nach jahrelanger Mühe erreicht. Er erhielt aus Frankreich einen Ahlger einer steinlosen Pflaume von einem sehr alten Baume. Warum der alte Baum keine Steine mehr bildete, konnte weder der Ahlger noch Burbank erklären. Der Amerikaner züchtete also diese Varietät weiter, bis sie sich mit Sicherheit durch Samen fortpflanzte und vererbte die Eigenschaften der Frucht. Es wäre ihm aber wohl nicht möglich gewesen, auch eine andere Pflaume steinlos zu machen, da er den Schlüssel für das Rätsel nicht gefunden hätte. Nun weiß Dr. Ernst Sehmold im „Kosmos“ nach, daß schon vor hundert Jahren in Deutschland den Gärtnern das Verfabren bekannt war, kernlose Kirichen und Pflaumen zu erzeugen, indem junge Bäumchen aepalten und ihres Markes beraubt wurden, dann wieder zusammengefügt, mit Baumwachs verklebt und umwunden wurden. Dr. Sehmold hat auch selbst an alten hohlen Pflaumenbäumen festgestellt, daß die Steine in den Früchten immer mehr verkümmerten. Ob die hier verübte Erklärung etwas für sich hat, wird sich nur durch zahlreiche Beobachtungen an hohlen Steinobstbäumen entscheiden lassen. Blüßfeld regt diese Mitteilung aber auch praktische Obstzüchter und Naturfreunde an, durch Versuche die Frage zu lösen.